

Fragen der Freiheit



Mai/Juni 1987
Heft 186

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung
– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien –

X. Teil

Was der Mensch auch ergreife und handhabe,
der einzelne ist sich nicht hinreichend,
Gesellschaft bleibt eines
wackeren Mannes höchstes Bedürfnis.

Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 186

Mai/Juni 1987

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung

Postverlagsort: 5400 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Heinz-Hartmut Vogel</i>	
Vorwort zu John Maynard Keynes	3
<i>Fritz Penserot</i>	
Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung	
– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien – X. Teil . .	5
<i>Heinz-Peter Neumann</i>	
Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit – II	43
<i>Redaktion</i>	
In Memoriam Wolfgang Stützel	53
<i>Wolfgang Stützel</i>	
Silvio Gesell (1862–1930)	54
<i>L. V.</i>	
»Gegen den Strom« von Johannes Schumann	
– Buchbesprechung –	57
<i>Eckhard Behrens</i>	
Bildungszeit – Arbeitszeit – Rentenzeit	58
<i>Eckhard Behrens</i>	
Staat muß Privatschulen finanziell fördern!	58
<i>Werner Onken</i>	
Silvio Gesell – Gesammelte Werke –	60
Ankündigungen	62

Vorwort

John Maynard Keynes

Heinz-Hartmut Vogel

Die Würdigung *John Maynard Keynes*, seine bleibende Bedeutung für die Lösung der Sozialen Frage in unserer Zeit in dem folgenden Aufsatz von Fritz Penserot, bildet den Höhepunkt und einen vorläufigen Abschluß der historischen Reihe:

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung.

Wir glauben, daß es berechtigt ist, die herausragende Gestalt John Maynard Keynes unter den Nationalökonomem unserer Zeit in einem Atemzug zu nennen mit *Walter Eucken*. Denn beide haben nicht nur als Wissenschaftler die theoretischen Grundlagen der Nationalökonomie einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung angenähert, sondern sie versuchten gleichzeitig ihren Einfluß im politischen Raum zur Geltung zu bringen. Es ging ihnen dabei um Prinzipien der Wirtschaftsgestaltung allgemein.

Als Wirtschaftswissenschaftler ging es Keynes und Eucken um die Verhinderung von Konjunkturerinbrüchen, wie sie in der Inflationsperiode nach dem Ersten Weltkrieg und in der Weltwirtschaftskrise (Deflation) Europa und die Welt erschütterten.

Der Ansatz beider war durchaus verschieden. *Keynes* war – bei aller Wissenschaftlichkeit – Empiriker, um nicht zu sagen, Pragmatiker auf dem Gebiete des Geldwesens. Insofern dachte er funktionell-empirisch. Sein Hauptwerk: »Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes« beinhaltet den nachvollziehbaren Zusammenhang eines gesellschaftlichen Tatbestandes: Die Beschäftigung mit der Funktion des Geldes und dessen Auswirkungen auf die Kapitalbildung und darüber hinaus die Rückwirkung des Kapitals auf die Beschäftigung über die Steuerung der Investitionen durch den Kapitalzins.

Eucken war dagegen primär ein »Denker in Ordnungen«. Seine Marktformenlehre mündet in einen freien Markt der »vollständigen Konkurrenz«. Er suchte nach den Ordnungsformen der freien arbeitsteiligen Wirtschaft, die den Einfluß von Macht (Monopol) verhindern soll. Seine Ordnungsformen der Wirtschaft sollten die »freie Entfaltung« des (wirtschaftenden) Menschen ermöglichen. Dabei stieß er – gleichsam sekundär – auf die Bedeutung des Geldwesens für ein ausgewogenes Marktgeschehen. Er wies dabei der Währung ein »Primat« zu beim Zustandekommen eines monopolfreien Gesamtwirtschaftsprozesses.

Es war ihm jedoch nicht mehr möglich, die Rolle und Bedeutung des Geldwesens in seine Marktlehre einzubauen. Dies ist nun die Leistung Keynes gewesen. Beide — Keynes und Eucken — hätten sich in der Mitte treffen können. Für Keynes war die *individualistische und freie Unternehmerwirtschaft* der selbstverständliche Ausgangspunkt für seine Überlegungen. Er deckte weitgehend die instrumental-funktionellen Störungen im Wirtschaftsprozess auf und machte konkrete Vorschläge auf dem Gebiet der Geld- und Kapitalbewegungen in einer sich selbst steuernden Wirtschaft.

Eucken ging von der *Ordnungsidee* in der Wirtschaft aus (Ordoliberalismus, Freiburger Schule). Keynes dagegen, der wissenschaftliche Pragmatiker, suchte direkt die instrumentalen (Geld)-Prozesse des als frei vorausgesetzten Marktes auf:

»Es ist sicher, daß die Welt die Arbeitslosigkeit, die, von kurzen Zeiträumen der Belegung abgesehen — nach meiner Ansicht unvermeidlich —, mit dem heutigen kapitalistischen Individualismus verbunden ist, nicht viel länger dulden wird.« »Ich bin überzeugt, daß . . . es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit (Rentabilität, d. Verf.) auf einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre . . . Obschon dieser Zustand nun sehr wohl mit einem gewissen Maß von Individualismus vereinbar wäre, würde er doch den sanften Tod des Rentners bedeuten und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten . . . Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit von Land bestehen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals . . . Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihre Leistung vollbracht hat. Und mit dem Verschwinden der Rentnerseite wird noch vieles andere einen Gezeitenwechsel erfahren.«

»Wir können somit in der Wirklichkeit (und es liegt hierin nichts Unerreichbares) auf eine Vermehrung der Menge des Kapitals zielen, bis es aufhört, knapp zu sein, so daß der funktionslose Investor nicht länger einen Bonus erhalten wird; und auf *einen Plan unmittelbarer Besteuerung*, der es ermöglicht, die Intelligenz und Entschlossenheit und die vollziehende Geschicklichkeit des Finanzmannes, des Unternehmers et hoc genus omne (die ihr Gewerbe offenbar so gern haben, daß ihre Arbeit viel billiger als gegenwärtig erhältlich wäre) in den Dienst des Gemeinwesens zu einer angemessenen Entschädigung einzuspannen.«

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung

– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien –

Fritz Penserot

X. Teil

John Maynard Keynes (1883–1946)

1. John Maynard Keynes' Leben und Werk
2. Die »Keynesianische Revolution«
3. Die Theorie der Vollbeschäftigung
4. »Schlußbetrachtungen über die Sozialphilosophie zu der die »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« führen könnte«.
5. Zur Kritik an Keynes' »Allgemeiner Theorie«

Quellennachweis

Zeittafel

1. John Maynard Keynes' Leben und Werk

Ohne Übertreibung wird man sagen können, daß *John Maynard Keynes* der bedeutendste Nationalökonom unseres Jahrhunderts, wenn nicht sogar seit *Adam Smith'* »*Wealth of Nations*« (1776) überhaupt gewesen ist, und kein Wirtschaftswissenschaftler hat auf die praktische Wirtschaftspolitik unserer Zeit einen größeren Einfluß ausgeübt als *John Maynard Keynes*. Schon als junger Staatsbeamter des britischen Schatzamtes bewies er eine unerhörte Souveränität und verzichtete kurzerhand auf seine Karriere, um seinen Ideen und Überzeugungen in völliger Unabhängigkeit und Selbstständigkeit gegen das gesamte Establishment der Ökonomenzunft seiner Zeit zum Durchbruch verhelfen zu können. Freilich war es dann noch ein langer harter Weg, bis er zum führenden Kopf der britischen Nationalökonomie, ja schließlich der Wirtschafts- und speziell der Währungspolitik der westlichen freiheitlichen Demokratien aufsteigen konnte. Als Chefunterhändler der britischen Regierung wurde der von ihm der *Bretton-Woods-Konferenz* vorgelegte »*Keynes-Plan*« zur wichtigsten Grundlage des mit dem Amerikaner *Harry Dexter White* erarbeiteten *Bretton-Woods-Abkommens* sowie des im Dezember 1945 gegründeten »*Internationalen Währungs-Fonds*« und der gleichfalls, mit Sitz in Washington, errichteten »*Weltbank*«. Bereits 1942 war er von englischen König Georg VI. in den Adelsstand erhoben worden.

John Jaynard Keynes wurde am 5. Juni 1883 als ältester Sohn des *John Neville Keynes* und der *Florence Ada Keynes*, einer Tochter des Pfarrers D. D. *John Brown*, in Cambridge geboren. Sein Vater war ein bedeutender Logiker und wissenschaftlicher Schriftsteller, der eine weithin anerkannte Methodenlehre der Volkswirtschaftslehre verfaßt hat. Die Mutter war eine engagierte Kommunalpolitikerin und zeitweise Bürgermeisterin von Cambridge, eine Frau von seltener Begabung und ungewöhnlichem Charme. Dank dieses akademisch-sozialen Milieus war der sehr aufgeweckte junge *Keynes* in der Lage, seine Ausbildung auf der Eliteschule Englands, *Eton*, und am *King's College* in Cambridge spielend zu bewältigen. Er studierte zunächst Mathematik und Philosophie und bestand bereits 1905 sein Examen mit der höchsten Auszeichnung des »*Wrangler*« für seine Spitzenleistung in Mathematik. Im selben Jahre wurde er zum Präsidenten der »*Cambridge Union*« gewählt. Anschließend studierte er, vermutlich um eine Stellung im britischen Schatzamt bekommen zu können, Politische Ökonomie, und zwar bei *Alfred Marshall* (1842–1924) und *Arthur Cecil Pigou* (1877–1959). Freilich fiel sein Abschlußexamen, 1906, weniger glänzend, aus als das vorangegangene philosophisch-mathematische (er wurde

nur Jahrgangszweiter), so daß er — angeblich — deshalb nicht vom Schatzamt übernommen wurde, sondern »nur« vom *India Office*.

Diese erste berufliche Tätigkeit, 1906 bis 1908, war für *Keynes* aber insofern von besonders großer Bedeutung, als er durch dieses Amt die monetäre Abhängigkeit Indiens von seiner »Währungsmutter« England und dessen Goldstandard kennenlernte, der — wie wir später sehen werden — jedes ihm angeschlossene Land zu einem Ausbeutungsobjekt der Goldproduzenten, -Händler und -Besitzer macht, die in extremer Weise ihre monetäre Überlegenheit über alle Konsum- und Investitionsgüterproduzenten ausnutzen können und ausnutzen.

In besonderer Weise wurde *Keynes* auf diesen Aspekt der wirtschaftlichen Verflochtenheit der Nationen dadurch aufmerksam, daß er während seines Philosophiestudiums in Cambridge mit dem Philosophen *George Edward Moore* (1873–1958) in engere Verbindung getreten war und dessen ethische Prinzipien sich zu eigen gemacht hatte. *Moore* mißtraute aller bloßen Konvention und Tradition, solange ihre moralische und soziale Unbedenklichkeit nicht absolut zweifelsfrei erwiesen war. Zeitlebens ist *Keynes* diesen Prinzipien unerschütterlich treu geblieben.

Nach zweijähriger Tätigkeit beim *India Office* kehrte *Keynes* nach Cambridge zurück. Dort erwarb er die »*venia legendi*« eines »*lecturers*« (vergleichbar unserem Privatdozenten) und nahm 1909 ein Stipendium am *King's College* an, dem er fortan bis zu seinem Tode (1946) als »*Fellow*« eng verbunden blieb. Er lehrte die unverfälschte neoklassische Doktrin seines Lehrers *Alfred Marshall* mit den »*Principles of Economics*« als ihrem Kernstück. Eine eigentliche Professur hat er jedoch nie angestrebt. Sein Ruf als Gelehrter war bereits 1911 so groß, daß er als Nachfolger ihres Begründers *Francis Ysidro Edgeworth* (1845–1926) zum Herausgeber des »*Economic Journal*« berufen wurde, einer Schlüsselposition in der Ökonomie, die er bis zum Ende des zweiten Weltkrieges innegehabt hat. 1913 wurde er dann auch noch zum Sekretär der »*Royal Economic Society*« ernannt.

Inzwischen hatte seine praktische Tätigkeit im *India Office* bereits erste Früchte getragen: sein erstes Buch befaßte sich mit der Indischen Währung und den indischen Finanzen, »*Indian Currency and Finance*«. Es erschien 1913. Im selben Jahre wurde er zum Mitglied der »*Royal Commission on Indian Finance and Currency*« für die Jahre 1913–1914 ernannt. Sein Buch gilt noch heute als das beste englische Werk über die Goldwährung. Bereits mit diesem Buche wird erkennbar, in wie enger Beziehung *Keynes'* wissenschaftliche Entwicklung zu den jeweiligen tatsächlichen Gegebenheiten stand — eine Fähigkeit der Verknüpfung von Theorie und Erfahrung, die ihn zeitlebens in die Lage versetzte, in einer gegebenen Situation jeweils den dieser Situation einzig angemessenen, richtigen Rat zu deren Bewältigung

zu erteilen. Genau diese Fähigkeit ist es dann freilich auch, die es vielen seiner Zeitgenossen oft so schwer machte, seinen Argumenten zu folgen und seine scheinbaren »Sprünge« zu verstehen.

Keynes' geistige Entwicklung ist sicherlich nicht ganz zu verstehen, ohne einen Blick auf seinen persönlichen Freundeskreis zu werfen. Als Universitätslehrer arbeitete Keynes in Cambridge, aber in seinen weitgespannten Interessen fühlte er sich nach London hingezogen, zu einer Gemeinschaft gleichgesinnter junger empfindsamer, feinsinniger Männer, Frauen, Künstler, Schriftsteller, Philosophen, ausnahmslos aus gutem Hause, inspiriert von den ethischen Prinzipien von *George Edward Moore*, die sich von der stückig gewordenen Moral der Viktorianischen Zeit zu lösen suchten. In diesem »*Bloomsbury-Circle*« lebte man mehr seinen Neigungen und seinem Herzen gemäß als seinem Verstand. Man war für den »Sozialismus« (wie man ihn verstand), für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, für freie Partnerschaftlichkeit, für die Überwindung der Klassen- und Rassenschranken.

Bloomsbury vereinigte seit etwa 1910 bedeutende Persönlichkeiten wie die Philosophen und Mathematiker *Bertrand Russell* und *Alfred North Whitehead*, die Dichter *W. Hugh Auden* und *Thomas S. Eliot*, die Schriftsteller *David Herbert Lawrence* und *Edward Morgan Forster*, *Lytton G. Strachey*, *Leonard* und *Virginia Woolf*, *Clive* und *Vanessa Bell*, *Aldous Huxley* und *George Bernard Shaw* und schließlich den Kunsthistoriker und -händler *Duncan Grant*, sowie Keynes' besonderen Freund, den Maler *Garnett*. So wurde Bloomsbury gewissermaßen eine zweite geistige Heimat für Keynes. »Seine Wertschätzung der Kunst und eines angenehmen Lebens, seine Tendenz zu Nonkonformismus kann bis dahin zurückverfolgt werden, auch seine antidemokratischen Tendenzen, seine Verteidigung der Aristokratie der Intellektuellen und seine Neigung, seine Energien zu zerstreuen.« (*S. E. Harris*) Wenn sich auch Keynes nach seiner Eheschließung mit der russischen Primaballerina *Lydia Lopokova* im Jahre 1925 allmählich von seinem Bloomsbury-Kreis zurückgezogen hat, so sind doch die Wurzeln seiner sozialen Anschauungen, seiner Abneigung gegen das kapitalistische Laissez faire-Prinzip und seiner Überzeugung, daß die Staatsgeschäfte und die Wirtschaftslenkung von einer Aristokratie von Intellektuellen wahrgenommen werden mußten, in diesem Kreis zu suchen. Freilich hat der vertraute Umgang mit bedeutenden Persönlichkeiten seine in der Jugend angewöhnte Überheblichkeit Menschen geringerer Begabung und langsamer Auffassungsgabe gegenüber nicht eben sehr gemildert. Seine überragende Auffassungsgabe in Verbindung mit seiner Neigung zu rasche-

sten Entschlüssen hat ihm manche Feinde gebracht, wenngleich er – andererseits wiederum – in praktischen Fragen von umsichtiger Klugheit war und die Argumente seiner Gegner voll respektierte.

Der Protest gegen »Versailles«

Im Jahre 1915 wurde *Keynes* in das britische Schatzamt, die berühmte *Treasury*, berufen. Wiewohl er dort allmählich eine erhebliche Abneigung gegen die »Schatzamtsgesinnung« und gegen die »Schatzamtanschauung« bekam, wurde seine Tätigkeit im Schatzamt doch mit großer Anerkennung bedacht, so daß er im Jahre 1919 zum Hauptdelegierten des britischen Schatzamtes bei der *Friedenskonferenz von Versailles* berufen wurde. Zugleich wurde er Stellvertreter des Schatzkanzlers beim »*Supreme Economic Council*«, eine Position, die ihm die höchsten britischen Ämter in der Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik geöffnet hätte. Zur größten Überraschung nicht nur seines eigenen Premiers *Lloyd George* und des eigentlichen Konferenzvorsitzenden, des amerikanischen Präsidenten *Wilson*, sondern praktisch der ganzen Welt demissionierte er am 5. Juni 1919 (seinem 37. Geburtstag), weil er die Forderungen der Alliierten, insbesondere *Clemenceaus*, gegenüber dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten für moralisch unerträglich, politisch für den Gipfel der Dummheit und obendrein für absolut unerfüllbar hielt, ganz abgesehen davon, daß der Vertrag weder ehrenhaft noch gerecht war, so daß durch ihn der nächste Weltkrieg geradezu vorprogrammiert würde. In seinem Buche »*The Economic Consequences of the Peace*«* hat er dann die Gründe für seinen Rücktritt eingehend dargelegt. Das Buch war eine Sensation ohnegleichen und hat *Keynes* mit einem Schlage weltberühmt gemacht.

Weit wichtiger noch als dieses geradezu einmalige Beispiel souveräner Haltung in einer äußerst schwierigen politischen Situation ist jedoch die Begründung, die *Keynes* für seine Demission gegeben hat, aus der eine sittliche Grundhaltung spricht, die unter Politikern und Finanzgewaltigen nahezu ohne Beispiel dasteht. Auch in der Politik, ja gerade in der Politik muß die *Gerechtigkeit*, insbesondere auch ehemaligen Feinden gegenüber, die oberste Richtschnur allen Handelns sein. Das ist die eigentlichste, die wichtigste »Botschaft«, die *Keynes* seiner Mit- und Nachwelt überbracht hat.

*Vergleiche »Fragen der Freiheit« Nr. 165

Eintritt ins Wirtschaftsleben

Nach seinem Ausscheiden aus dem Schatzamt, noch 1919, konnte *Keynes* bei der »*National Mutual Life Insurance Society*« als Direktor eintreten. Zwei Jahre später wurde er ihr Präsident. Zusätzlich übernahm er 1924 die Leitung des »*Independent Investment Trust*«. Beide Gesellschaften führte er durch eine Änderung ihrer Anlagenpolitik – von mündelsicheren, aber ertragslosen Rentenpapieren zu börsenfähigen Risikopapieren – zunächst zu außergewöhnlichen Erfolgen, um dann freilich in der großen Krise von 1929–1930 entsprechend riesige Verluste hinnehmen zu müssen, die er dann aber doch bis 1935 wieder herauswirtschaften konnte, so daß sie schließlich glänzend dastanden.

Zu gleicher Zeit erwarb er für sich mit erfolgreichen Geschäften und *Devisenspekulationen an der Börse*, freilich auch nach raschem Auf, bitterem Ab und schließlich wieder steilem Auf, ein ganz außerordentliches *Vermögen*, das am Ende auf etwa 500 000 Pfund Sterling geschätzt wurde. Doch dürften es gerade diese harten Erfahrungen mit der Finanzwelt gewesen sein, die seine späteren theoretischen Abhandlungen nicht unwesentlich mitbestimmt haben, so daß aus dem praktizierenden »Kapitalisten« *Keynes* der »Visionär« *Keynes* der »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« werden konnte, der den »sanften Tod des funktionslosen Investors« prophezeit hat.

Fortan galt sein Bestreben der Erkundung der wahren Ursachen der Instabilität des bestehenden Geldwesens, um die Marktwirtschaft bei einem Höchstmaß an individueller Freiheit, anhaltender Vollbeschäftigung und stabilem Geldwert funktionsfähig erhalten zu können. Inwieweit die von ihm hierzu entwickelten Gedanken und Vorschläge einer Globalsteuerung der Wirtschaft mit den Mitteln der Geldpolitik erfolgreich sein können, soll später erörtert werden.

Wirtschaftswissenschaft und Politik

Mit seinem Ausscheiden aus dem Schatzamt hatte *Keynes* die Möglichkeit, sich noch unabhängiger als zuvor mit den Problemen der Wirtschafts- und Währungspolitik sowohl theoretisch als auch praktisch-publicistisch zu befassen. Mit der Rückkehr zum Goldstandard war Englands Wirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg in eine tiefe Depressionskrise gestürzt. Es hatte sich bestätigt, was *Keynes* schon Jahre zuvor erkannt hatte: es ist unmöglich für ein Land, eine auf Stabilisierung seines inneren Preisniveaus gerichtete Geldpolitik betreiben und gleichzeitig die Goldparität seiner Währung im Außenverhältnis aufrecht erhalten zu wollen. Ein mit der ganzen Welt

Handel treibendes Land muß sein Preisniveau dem seiner Handelspartner anpassen, wenn es nicht in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten will. Diese Anpassung könne nur über das Preisniveau im Innern oder durch flexible Wechselkurse erfolgen. Eine dritte Möglichkeit gäbe es nicht.

Hierzu schrieb Keynes in seinem 1923 erschienenen Buche »*Tract on Monetary Reform*« (dtsch.: »Ein Traktat über Währungsreform«, München 1924): »Wenn das äußere Preisniveau unstabil ist, können wir nicht sowohl unser eigenes Preisniveau, wie auch die Valuten stabil erhalten. So sind wir gezwungen, zu wählen.« Und er kommt zu dem Schluß, »daß, wenn die Stabilität des inneren Preisniveaus mit der Stabilität der Valuta unvereinbar ist, die erstere im allgemeinen vorzuziehen ist, und in Fällen, wo das Dilemma akut wird, die Aufrechterhaltung des ersteren auf Kosten des letzteren, vielleicht zum Glück, der Weg der geringsten Widerstandes ist.« (zit. i. L. *Albert Hahn*, »Ein Traktat über Währungsreform«, Basel 1964, S. 21)

Deshalb also plädierte Keynes in seinem Buche für eine *autonome* Steuerung der Geldpolitik durch die Regierung oder eine von der Regierung autorisierte inländische Instanz. Das Buch fand jedoch keine freundliche Aufnahme in der britischen Öffentlichkeit. Man befürchtete, wohl nicht ganz zu Unrecht, daß eine Währung, die den Manipulierungsmöglichkeiten einer von Wahlergebnissen und anderen mächtigen Einflüssen abhängigen Regierung ausgesetzt sei, gar bald in eine Inflation abgleiten werde.

Aber Keynes sah die Gefahr einer inflatorischen »Anpassung« auch für den Fall, daß England zu dem System fester Wechselkurse zurückkehren würde, weil die USA aus Gründen des Goldüberflusses zu einer inflatorischen Geldpolitik neigten. (So wie sie es dann später, nach Errichtung des Bretton Woods-Systems, aus beschäftigungspolitischen Gründen immer wieder getan haben und noch heute tun.) Keynes schrieb aus dieser Befürchtung:

»Andererseits habe ich schwere Bedenken, das Gold in der frommen Hoffnung wieder einzusetzen, daß die internationale Zusammenarbeit es regulieren würde. Bei der augenblicklichen Verteilung des Goldvorrats der Welt bedeutet die Wiedereinsetzung des Goldstandards unvermeidlich, daß wir die Regulierung unseres Preisniveaus und die Beeinflussung des Konjunkturverlaufs dem Federal Reserve Board der Vereinigten Staaten überantworten.«

»Da ich demnach die Stabilität der Preise, des Kredits und des Arbeitsmarktes für überragend wichtig halte, und da ich kein Vertrauen habe, daß ein altmodischer Goldstandard uns auch nur das bißchen Stabilität geben würde, das er uns einst zu geben pflegte, lehne ich die Politik einer Wiederherstellung des Goldstandards nach den Prinzipien der Vorkriegszeit ab.

Zugleich bezweifle ich die Zweckmäßigkeit eines Versuchs, einen »manipulierten« Goldstandard gemeinsam mit den Vereinigten Staaten . . . zu versuchen . . . , weil er uns von der Politik und von den Wünschen des Federal Reserve Board zu sehr abhängig machen würde.« (zit. i. *Hahn* a.a.O. S. 21/22)

L. Albert Hahn selbst schreibt dazu:

»Keynes' Stellungnahme in dem Dilemma war jedenfalls eindeutig: konjunktur- und preispolitische Rücksichten haben den Vorrang vor Wechselkursrücksichten. Wie wir heute sagen würden: Konjunkturkonformität geht vor Zahlungsbilanzkonformität. *Keynes* hätte also eine Inflation als Folge einer stark aktiven Zahlungsbilanz, wie sie die Bundesrepublik viele Jahre erlebte, ebenso entschieden abgelehnt wie eine Deflation als Folge einer stark passiven Zahlungsbilanz, wie sie heute zur Herstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts in der USA notwendig wäre. Konjunkturkonformität aber erschien ihm identisch mit Verzicht auf feste Wechselkurse. Ein Drittes: autonome Konjunkturpolitik bei festen Wechselkursen hätte er sich damals nicht vorstellen können.« (*Hahn* a.a.O. S. 22)*

Wie aber soll nun die Geldversorgung der Wirtschaft, die nach *Keynes'* Auffassung die entscheidende Rolle für die Konjunktur spielt, erfolgen?

Bei Übereinstimmung des tatsächlichen Geldzinses, des Landeszinsfußes, mit dem zu erwartenden Überschuß aus zusätzlicher Kapitalinvestition, der »Grenzproduktivität des Kapitals«, stimmen Ersparnis und Investition überein. Bei einem Sinken des Geldzinses oder einem Ansteigen der Grenzproduktivität des Kapitals lohnen sich Neuinvestitionen und werden entsprechend vermehrt. Bei einem Ansteigen des Geldzinses hingegen oder bei einem Absinken der Grenzproduktivität des Kapitals lohnen sich Neuinvestitionen nicht mehr und unterbleiben deshalb. Es ist dies die Zinsspannentheorie, die bereits auf *Knut Wicksell* zurückgeht, wobei er die zu erwartende Grenzproduktivität des neugebildeten Kapitals den »natürlichen Zins« nennt im Gegensatz zu dem Geld- oder »Markt«-Zins, der jeweils kurzfristig am Markt aus Angebot und Nachfrage zustandekommt und der stets um den natürlichen Zins schwankt, wodurch eine Zinsspanne entsteht.

Übersteigt nun die Investition die Ersparnis, wenn und weil der Geldzins sinkt und die Grenzproduktivität des Kapitals steigt, so werde »neues Geld geschaffen«, oder es werden »Geldhorte« aufgelöst; es kommt zu Preissteigerung und Konjunkturbelebung. Wird dagegen mehr gespart als investiert, wenn und weil der Geldzins steigt oder die Grenzproduktivität fällt, so entsteht ein Sparüberhang, das heißt ein Nachfrageausfall, der zur allgemeinen Preissenkung führt.

Im Jahre 1930, also mitten in der großen Krise, erschien *Keynes'* Buch »*Treatise on Money*« (dtsh. »Vom Gelde«, München 1932). Sein Grundgedanke war, »die dynamischen Gesetze zu entdecken, welche den Übergang eines monetären Systems von einer Gleichgewichtsposition zu einer anderen beherrschen«. Auf die Aufrechterhaltung des inländischen Preisniveaus kam es ihm dabei entscheidend an: Er hielt also noch an der klassischen Auffassung fest, daß der Konsumverzicht, das Sparen in einer Volkswirtschaft automatisch zu einer entsprechenden Investition führe. Über den Bankkredit würden die »freiwilligen« Ersparnisse und die Neuinvestitionen in Übereinstimmung gebracht, und das Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage blieben auf lange Sicht wertmäßig gleiche Größen und damit die Geldwertstabilität erhalten.

Da ein solches Ziel unter den herrschenden Bedingungen des Goldstandards (der erst am 21. September 1931 aufgehoben wurde) und der festen Wechselkurse nicht zu erreichen sei, schlug *Keynes* die Einrichtung einer internationalen Zentralbank vor, die sich bei ihrer Geldpolitik an dem Preisniveau eines Bündels von Rohstoffen orientieren müsse, um auf diese Weise noch einigermaßen stabile Wechselkursverhältnisse mit den ausländischen Währungen behalten zu können. Denn für völlig freie Wechselkurse konnte er sich zu jener Zeit im Interesse des für England so wichtigen internationalen Kapitalverkehrs noch nicht entschließen. Er befürwortete deshalb nur die Verbreiterung der Spanne zwischen den Goldpunkten auf zwei Prozent.

Nachdem dann allerdings im September 1931 die Goldwährung zusammengebrochen war, schrieb er im Vorwort der deutschen Ausgabe des Buches »Vom Gelde«: »Wenn alle führenden Länder geneigt sein sollten, früher oder später die starre Goldwährung aufzugeben und sich einem internationalen, nach wissenschaftlichen Grundsätzen und ohne Rücksichtnahme auf veraltete Vorurteile aufgestellten Plan der Währungslenkung anzuschließen, so wäre dies natürlich eine Wendung der Dinge, die ich warm begrüßen und deren Möglichkeiten ich untersuchen würde.« (zit. von *Wilhelm Seuß* in FAZ vom 15. 5. 1976)

2. Die Keynesianische Revolution

Kaum aber hatte *Keynes* seine »*Treatise on Money*« abgeschlossen, da mußte er unter dem Eindruck der schweren Weltwirtschaftskrise zu der Überzeugung gelangen, daß er mit diesem Buche über das Geldproblem noch keine ausreichende Erklärung des *Konjunkturproblems*, geschweige denn eine Lösung desselben gegeben hatte. Tatsächlich hatte er ja auch darin noch nicht die von seinem einstigen Lehrer *Alfred Marshall* übernommene

Auffassung in Frage gestellt, wonach sich alle Anpassungsvorgänge nach dem alten klassischen Modell vollziehen, demzufolge jedes Angebot sich seine Nachfrage selbst schaffe und jede Vergrößerung des Angebots automatisch eine entsprechende Vergrößerung der Nachfrage nach sich ziehe.

Genau dieses Sparen-gleich-Investieren-Theorem, wie es einst *Jean Baptiste Say* formuliert hatte, war durch die Weltwirtschaftskrise für *Keynes* nachhaltig erschüttert, und er machte sich nun daran, die tiefere Ursache dieser Krise herauszufinden und eine »allgemeine« Theorie aufzustellen, die nicht nur Konjunkturheilmittel für eine bestimmte Situation sein sollte, sondern die Grundlage für eine Wirtschaftspolitik, die *Vollbeschäftigung und Wohlstand aller Menschen* sichern soll. In seinem Buche »*The General Theory of Employment, Interest and Money*«, London 1936 (deutsch: »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Duncker & Humblot, Berlin 1936) widerspricht er daher der klassischen Anschauung, daß der Konsumverzicht, das Sparen, in einer Volkswirtschaft automatisch zu einer entsprechenden Investition führe und daß Gesamtangebot und Gesamtnachfrage auf längere Sicht wertgleiche Größen seien. Er behauptet vielmehr, daß das Verhältnis von Verbrauch, Investition und Sparen keineswegs gleichbleibend sei, sondern daß in der immer wieder wechselnden Verwendung der Einkommen die Ursache der Konjunkturschwankungen zu suchen sei. Und er kommt daher zu dem Schluß, daß Dauerkonjunktur und -vollbeschäftigung nur dann gewährleistet seien, wenn alle Arten von Geldeinkommen stetig zur »*wirksamen Nachfrage*« nach den Konsum- und Investitionsgütern werden.

Auf die Erforschung der Zusammenhänge von Angebot und Nachfrage und der Faktoren, die den vollständigen Ausgleich von Angebot und Nachfrage beeinträchtigen, die insbesondere verhindern, daß das aus der Gesamtheit der Produktion resultierende Nachfragepotential nicht stetig als voll *wirksame Nachfrage* das Gesamtangebot aufnimmt, kommt es *Keynes* entscheidend an. Dies ist »der Kern der Allgemeinen Theorie der Beschäftigung«. (Allg. Theorie S. 22)

Eine kurze Zusammenfassung der Theorie der Beschäftigung besagt: »Wenn die Beschäftigung zunimmt, nimmt das gesamte Realeinkommen zu. Die *Psychologie der Bevölkerung* aber ist derart, daß bei einer Zunahme des gesamten Realeinkommens zwar auch der gesamte Verbrauch zunimmt, jedoch nicht im gleichen Maße wie das Einkommen.« (A.T. S. 23)

Um die Beschäftigung voll aufrechtzuerhalten, müsse daher eine *zusätzliche Nachfrage* bereitgestellt werden, die den so entstandenen Produktionsüberschuß absorbiert. Daraus folgt, daß bei gleichbleibendem »*Hang zum Verbrauch*« der Bevölkerung das Gleichgewichtsniveau der Beschäftigung von der Größe der laufenden Investition abhängt. Diese wiederum

hängt ab vom *Antrieb zur Investition*, der seinerseits abhängig ist von dem *Verhältnis* der »Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals«, das heißt der voraussichtlichen Verzinsung des investierten Kapitals, zur durchschnittlichen *Anleihenverzinsung*. (vgl. General Theory S. 28)

Die wirksame Nachfrage verbunden mit Vollbeschäftigung ist mithin nur dann verwirklicht, wenn die laufende Investition eine Nachfragemenge schafft, die genau gleich ist dem aus der Vollbeschäftigung resultierenden Überschuß des gesamten Angebotspreises der Produktion über die Menge, die die Bevölkerung bereit ist, zu verbrauchen. Dies aber ist ein *Sonderfall*. (vgl. Allg. Theorie S. 24)

Im allgemeinen ist es aber so, daß – dem psychologischen Gesetz zufolge – der Einkommenszuwachs, wenn Beschäftigung und Produktion zunehmen, nicht voll zur wirksamen Nachfrage wird. Das aber heißt: es entsteht *Arbeitslosigkeit*.

»Der Schlüssel zu unserem wirklichen Problem steckt mithin in diesem psychologischen Gesetz. Denn es folgt daraus, daß, je größer die Menge der Beschäftigung, desto größer die Kluft zwischen dem gesamten Angebotspreis der entsprechenden Produktion und der Summe, die die Unternehmer durch die Ausgaben der Verbraucher zurückerwarten können. Wenn sich der »Hang zum Verbrauch« nicht ändert, kann folglich auch die Beschäftigung nicht zunehmen, es sei denn, daß gleichzeitig die Nachfrage nach Neuinvestitionen und deren Produktion zunimmt, um die zunehmende Kluft auszufüllen.« (Allg. Theorie S. 25/26)

»Diese Analyse gibt uns eine Erklärung für das Paradox der Armut mitten im Überfluß. Denn das bloße Vorhandensein einer Unzulänglichkeit der wirksamen Nachfrage kann und wird oft die Zunahme der Beschäftigung zum Stillstand bringen, bevor Vollbeschäftigung erreicht ist. Die Unzulänglichkeit der wirksamen Nachfrage wird den Produktionsprozeß hemmen trotz der Tatsache, daß das Grenzprodukt der Arbeit noch immer den Wert des Grenznachteils der Beschäftigung übersteigt.«

»Ferner, je reicher das Gemeinwesen, desto größer die Kluft zwischen der tatsächlichen und der potentiellen Produktion; und deshalb um so sichtbarer und empörender die Mängel unseres Wirtschaftssystems. Denn ein armes Gemeinwesen wird geneigt sein, weitaus den größten Teil seiner Produktion zu verbrauchen, so daß ein sehr bescheidenes Maß an Investition genügen wird, um Vollbeschäftigung zu schaffen, wohingegen ein reiches Gemeinwesen viel weitere Investitionsgelegenheiten erkunden muß, wenn der Hang zum Sparen seiner wohlhabenderen Mitglieder mit der Beschäftigung der ärmeren vereinbar sein soll . . .«

»Aber noch schlimmer. Nicht nur ist der Grenzhang zum Verbrauch in einem reichen Gemeinwesen schwächer, sondern wegen seiner bereits größeren Kapitalakkumulation bieten auch die Gelegenheiten für weitere Investitionen weniger Reiz, es sei denn, daß der *Zinsfuß* rasch genug fällt.

Dies führt uns zur *Theorie des Zinses* und zu den Ursachen, warum er nicht automatisch auf die angemessene Höhe fällt.«

»Somit sind die Analyse des »Hanges zum Verbrauch«, die Definition der »Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals« und die Theorie des Zinses die drei Hauptlücken unseres derzeitigen Wissens, die geschlossen werden müssen.« . . . (General Theory S. 30/31)

»Es wird sich dann herausstellen, daß das *Geld* eine wesentliche Rolle in der Zinstheorie spielt, und wir werden versuchen, die besonderen Merkmale des Geldes, die es von anderen Dingen unterscheiden, herauszufinden.« (S. 32)

Das Kapitel über den »Grundsatz der wirksamen Nachfrage« abschließend, schreibt Keynes:

»Der berühmte *Optimismus* der traditionellen Theorie, der dazu geführt hat, daß alle Ökonomen als treuherzige Optimisten (*Candides*) angesehen werden, die sich nach Verlassen dieser Welt der Bebauung ihrer Gärten widmen und lehren, daß alles zum Besten in dieser besten aller möglichen Welten steht, wenn nur alles sich selbst überlassen bleibt, scheint mir auch darauf zurückzuführen zu sein, daß sie es versäumt haben, von der Verhinderung der Prosperität Notiz zu nehmen, die durch eine Unzulänglichkeit der wirksamen Nachfrage bewirkt werden kann. Denn in einer nach der Art der Postulate der Klassiker funktionierenden Gesellschaft würde es doch ganz offensichtlich eine natürliche Tendenz zu optimaler Nutzung der Ressourcen geben. Es ist gut möglich, daß die klassische Theorie den Weg weist, wie wir unsere Wirtschaftsordnung verwirklicht sehen *möchten*. Aber anzunehmen, daß dies auch tatsächlich so geschieht, heißt, unsere Schwierigkeiten einfach nicht wahrzunehmen.« (S. 33/34)

Die Bevorzugung der Liquidität

Warum aber wird nicht die Gesamtheit aller Einkommen in Geld, die doch nichts anderes sind als der exakte Gegenwert der entsprechenden Güter und Dienstleistungen, zur stetigen *wirksamen Nachfrage*? Warum wird nur ein mehr oder weniger großer Teil dieses Nachfragepotentials zum Kauf von Konsum- und Investitionsgütern jeweils genutzt?

Wir kommen damit zu der Frage des *psychologischen* Verhaltens der Wirtschaftssubjekte in bestimmten Situationen und damit zu den Erwartungen, die die Entscheidungen der Menschen je nach Lage der Dinge bestimmen und von denen somit Produktion und Beschäftigung, Sparen und Investieren und dadurch letztlich die gesamte Konjunktur abhängig sind.

Am Anfang steht die Frage für jeden einzelnen, was er mit seinem Einkommen anfangen soll: verbrauchen, investieren oder abwarten. Solange

der einzelne die Wahl hat, seinen Reichtum zu horten oder in Geld auszuliehen, könne die Alternative des Kaufes von Realkapitalwerten nicht attraktiv genug gemacht werden (besonders für den, der die Kapitalanlage nicht selbst verwaltet und nur sehr wenig davon versteht), »es sei denn durch die Einrichtung von Märkten, auf denen diese Vermögenswerte wieder leicht gegen Geld realisiert werden können.« (Allg. Theorie S. 135)

Und Keynes weiter: »Die einzige gründliche Heilung für die Vertrauenskrisen, die das wirtschaftliche Leben der modernen Welt heimsuchen, wäre, dem einzelnen keine Wahl zwischen dem Verbrauch seines Einkommens und der Anlage in bestimmte Kapitalwerte, die ihm als die günstigste ihm erreichbare Investition erscheint, zu lassen. Es könnte zwar sein, daß er sich zu Zeiten, wenn er mehr als gewöhnlich von Zweifeln über die Zukunft gepackt würde, in seiner Verlegenheit mehr dem Konsum und weniger der neuen Investition zuwenden würde. Aber dies würde die verhängnisvollen, sich häufenden und folgenschweren Rückschläge davon vermeiden, daß es ihm frei stand (wenn er von Zweifeln gepackt wird), sein Einkommen weder für die eine noch für die andere Art auszugeben«, es also zu horten.

»Diejenigen, die die *sozialen Gefahren der Hortung* von Geld betonten, haben natürlich etwas Ähnliches im Sinn gehabt. Aber sie haben die Möglichkeit übersehen, daß dieses Phänomen ohne jede Änderung, oder wenigstens ohne jede angemessene Änderung in der Hortung des Geldes eintreten kann.« (Allg. Theorie S. 136)

Mit dem Problem der Überwindung der Hortbarkeit des Geldes befaßt sich Keynes hier also (noch) nicht: Vielmehr beschließt er dieses Kapitel mit den Sätzen:

»Ich selbst bin einigermaßen zweifelnd geworden über den Erfolg einer lediglich geldlichen Politik, die darauf abzielt, den Zinsfluß zu beeinflussen. Ich bin darauf gefaßt, daß der Staat, der die Grenzleistungsfähigkeit der Kapitalgüter auf lange Sicht und auf der Grundlage des allgemeinen sozialen Wohls berechnen kann, eine immer größere Verantwortung für das direkte Organisieren der Investitionen übernehmen wird; denn es ist wahrscheinlich, daß die Schwankungen in der Marktbewertung der Grenzleistungsfähigkeit verschiedener Arten von Kapital . . . zu groß sein werden, als daß sie durch irgendwelche durchführbaren Änderungen des Zinsfußes ausgeglichen werden könnten.« (S. 138)

»Damit kommt Keynes zunächst zu einer »allgemeinen Theorie des Zinsfußes«, wonach der Zins nicht die Aufgabe hat, für die parallele Entwicklung von Sparen und Investieren zu sorgen, wie es die Klassiker annahmen, sondern das Sparen geschieht aus Zukunftsvorsorge. Je unsicherer die Zukunft, desto größer die Sparrate. Da auch die Investitionsentscheidungen

der Unternehmer von gleichen Gesichtspunkten bestimmt sind, so wird schließlich die Sparquote größer als die Summe der Investitionen. Der Grad der Zukunftsrisiken bestimmt also den Grad der *Bevorzugung der Liquidität* (liquidity-preference).

»Es sollte klar sein, daß der *Zinssatz keine Vergütung für Sparen oder Warten* an sich sein kann. Denn wenn jemand seine Ersparnisse in Bargeld hortet, verdient er keine Zinsen, obwohl er gerade so viel spart wie zuvor. Im Gegenteil, die bloße Definition des Zinssatzes sagt uns in vielen Worten, daß der *Zinssatz die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität* für einen bestimmten Zeitabschnitt ist. Denn der Zinssatz an sich ist weiter nichts als das umgekehrte Verhältnis zwischen einer Summe Geld und dem, was für die Aufgabe des Verfügungsrechtes über das Geld im Tausch gegen ein Darlehn* für einen bestimmten Zeitabschnitt erhalten werden kann.« (Allg. Theorie S. 140)

»Da der Zinssatz die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität ist, ist er also jederzeit ein Maß für die Abneigung derer, die Geld besitzen, sich von der jederzeitigen Verfügbarkeit darüber zu trennen. Der Zinssatz ist nicht der »Preis«, der die Nachfrage nach Investitionsmitteln mit der Bereitschaft zum Verzicht auf gegenwärtigen Konsum ins Gleichgewicht bringt. Er ist der »Preis«, der das Verlangen, Vermögen in der Form von Bargeld zu halten, mit der verfügbaren Menge von Bargeld ins Gleichgewicht bringt; – was bedingt, daß bei einem niedrigeren Zinssatz, d. h. bei einer geringeren Vergütung für den Verzicht auf Bargeldhaltung, die Gesamtsumme von Bargeld, die die Bevölkerung halten möchte, das verfügbare Angebot übersteigen würde, und daß bei einem Steigen des Zinssatzes ein Überschuß an Bargeld entstehen würde, den niemand zu halten gewillt wäre.

»Wenn diese Erklärung richtig ist, ist die *Geldmenge* der andere Faktor, der, zusammen mit der *Vorliebe für Liquidität*, unter gegebenen Umständen, den tatsächlichen Zinssatz bestimmt. Die Vorliebe für Liquidität ist eine Potentialität oder funktionelle Neigung, die die Geldmenge festlegt, die die Bevölkerung bei einem gegebenen Zinssatz halten will.« (Allg. Theorie S. 141)

* »Wir können, ohne diese Definition zu beeinträchtigen, die Grenze zwischen »Geld« und »Darlehn« an jedem Punkt ziehen, der für die Behandlung eines besonderen Problems am zweckmäßigsten ist. Zum Beispiel können wir als »Geld« jedes Verfügungsrecht über allgemeine Kaufkraft behandeln, das ihr Besitzer nicht für einen längeren Zeitabschnitt als drei Monate aufgegeben hat, und als »Darlehn«, was während eines längeren Zeitabschnittes als drei Monate nicht zurückverlangt werden kann; oder wir können »drei Monate« durch einen Monat oder drei Tage oder drei Stunden oder irgendeinen Zeitabschnitt ersetzen; oder wir können von »Geld« alles ausschließen, was nicht gesetzliches Zahlungsmittel an Ort und Stelle ist. In der Praxis ist es oft zweckmäßig, unter »Geld« Zeitdepositen bei Banken einzuschließen und gelegentlich sogar solche Dokumente wie (zum Beispiel) Schatzwechsel. In der Regel werde ich, wie in meiner Abhandlung »Vom Gelde«, voraussetzen, daß das Geld mit den Bankdepositen zu- und abnimmt.« (Allg. Theorie S. 140) (Kommentar hierzu folgt später)

Die *Vorliebe für Liquidität* ist nun ihrerseits abhängig von der Ungewißheit menschlicher Zukunftserwartung. Keynes unterscheidet drei Hauptmotive:

1. das *Umsatzmotiv*, das heißt die Notwendigkeit einer gewissen Bargeldhaltung für den laufenden persönlichen und geschäftlichen wirtschaftlichen Verkehr,
2. das *Vorsichtsmotiv*, das heißt das Bedürfnis, einen gewissen Dispositionsfonds für unvorhergesehene günstige Gelegenheiten, Notfälle usw. sofort verfügbar zu haben.
3. das *Spekulationsmotiv*, das in der Regel aber nur bei solchen Personen gegeben ist, die in der Lage sind, je nach Einschätzung der Marktlage und der Zinsentwicklung, sofort über liquide Investitionsmittel zu verfügen. Dies gilt besonders für den Handel mit börsenfähigen Papieren.

Somit bestehen zwischen Liquiditätsvorliebe und Zinshöhe unterschiedliche Abhängigkeiten. Wird die Liquiditätsvorliebe hauptsächlich vom Umsatz- und Vorsichtsmotiv bestimmt, dann wird die Bargeldhaltung nur bei sehr hohen Zinssätzen verringert. Beim Spekulationsmotiv hingegen wird schon bei Erwartung eines steigenden Zinssatzes die Liquidehaltung des Geldes aufgegeben; und wenn mit sinkendem Zins gerechnet werden muß, werden die liquiden Mittel aufgestockt.

In jedem Falle verbilligt ein niedriger Zins die Bargeldhaltung, da dann der »Verlust« an Zinseinnahmen durch Nicht-Investieren geringer ist als bei hohem Zinssatz. Niedrige Zinsen erhöhen also die Bargeldhaltung, hohe Zinsen verringern sie. Umgekehrt kann unter Umständen, so bei sehr unsicheren Zukunftserwartungen, auch durch vermehrtes Sparen eine Tendenz zur Zinssenkung ausgelöst werden und der Umfang des Hortens zunehmen. Dadurch wird die im Umlauf befindliche Geldmenge vermindert, die effektive Nachfrage geht zurück, es wird weniger investiert und verbraucht, die Einkommen sinken.

Damit wird die Abhängigkeit von Konjunktur und Vollbeschäftigung von der Höhe des Zinssatzes deutlich – solange es kein anderes Mittel zur Sicherung des Geldumlaufes, ohne die Geldwertstabilität zu gefährden, gibt. Und ferner erweist sich auch dadurch, daß der Zins keine Belohnung für Nichtausgaben des Geldes, für »Enthaltsamkeit« und Sparen ist, sondern in Wahrheit eine *Belohnung für den Verzicht* auf Sparen, Horten, Liquiditätspräferenz.

Der Zinsfuß bestimmt die Rentabilität des Kapitals

In seiner Untersuchung der »wesentlichen Eigenschaften von Zins und Geld« kommt Keynes zu folgenden Feststellungen: Die meisten Vermö-

gensbestände, ausgenommen das Geld, erleiden Verderb oder bedingen Kosten durch den bloßen Zeitverlauf (abgesehen von Wertänderungen aus anderen Gründen), ganz unabhängig davon, ob sie zur Produktion eines Ertrages gebraucht werden. Das heißt aber, sie bedingen »Durchhaltekosten« (carrying costs).

Ferner bietet die Verfügungsmacht über ein Vermögen zwar vielleicht kein finanzielles Ergebnis, doch bietet sie Vorteile oder Sicherheiten, für die man bereit ist, etwas zu bezahlen, die man – so Keynes – auch »Liquiditätsprämie« nennen könnte.

Daraus folgt, daß der gesamte Ertrag, der vom Besitz eines Vermögensbestandes während eines Zeitabschnittes erwartet wird, gleich seinem Ertrag *minus* seinen Durchhaltekosten *plus* seiner Liquiditätsprämie ist. Auf das *Wirtschaftsleben* angewandt heißt das: Normalerweise übersteigt der Ertrag aus einem in Betrieb befindlichen *Produktionskapital* seine Durchhaltekosten, wohingegen seine Liquiditätsprämie unbeachtlich ist. Stillgelegte Produktionsanlagen hingegen bedingen mehr oder weniger erhebliche Durchhaltekosten, dagegen nur selten eine beachtliche Liquiditätsprämie.

Ganz anders beim *Geld*: sein Ertrag ist gleich Null, und seine Durchhaltekosten sind unbeachtlich, jedoch seine *Liquiditätsprämie* ist ganz beträchtlich. Dies ist der entscheidende Unterschied zwischen Geld und allen anderen Vermögensbeständen.

Daraus folgt, daß der *Geldzinsfuß* der maßgebliche Zinsfuß für die *Produktion* ist. Nur wenn die Erträge aus den in Betrieb befindlichen Produktionsanlagen höher sind als der Geldzinsfuß, arbeiten diese Produktionsanlagen noch »rentabel«, »lohnt« sich noch ihr Betrieb, erleiden sie keine Verluste, können sie noch Geldkapital aufnehmen.

Dies ist die Grundbedingung der Investitionsbereitschaft des Unternehmers. Der Unternehmer muß erwarten können, daß die Rentabilität, die »Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals«, d. h. »das Verhältnis zwischen dem voraussichtlichen Ertrag eines Kapitalvermögens und dessen Angebotspreis oder seinen Reproduktionskosten« positiv ist. M. a. W., der Nettoüberschuß aus einer neuen Produktionseinheit muß mindestens so hoch sein wie die Verzinsung des für diese Einheit aufgenommenen Geldkapitals.

In diesem Zusammenhang spielen die unbeachtlichen *Durchhaltekosten des Geldes* eine wesentliche Rolle. Die Vorteile der Liquidität sind keinerlei Gegengewicht in Form von Durchhaltekosten ausgesetzt, wie dies bei allen Arten von Waren, Gütern, Produktionsanlagen der Fall ist durch Verderb, Schwund, Lagerspesen, Alterung usw. Das *Geld* ist infolgedessen der »Inbegriff der Liquidität«. (Allg. Theorie S. 196) Und gewissermaßen ein »unreeller Konkurrent« (Steiner) aller Ware, Güter und Dienstleistungen. Keynes selbst folgert daher:

»Jede Reformatoren (gemeint ist u. a. *Silvio Gesell*), die in der Erzeugung künstlicher *Durchhaltekosten für das Geld* ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch die Einrichtung periodischer Abstempelung der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient erworben zu werden.« (Allg. Theorie, S. 196)

Abschied von der Klassik

So stellt *Keynes* also fest: »Daß die Welt nach mehreren Jahrtausenden beständigen Sparens der einzelnen so arm an angehäuften Kapitalvermögen ist, ist, nach meiner Meinung, weder durch die unvorsorglichen Neigungen der Menschheit, noch sogar durch die Kriegerstörungen, sondern durch die hohe Liquiditätsprämien zu erklären, die früher dem Grund- und Boden-Eigentum anhafteten und jetzt dem Geldbesitz anhaften. Ich weiche hierin von der älteren Anschauung ab, wie sie von *Marshall* mit ungewöhnlich dogmatischer Kraft in seinen »*Principles of Economics*« (S. 581) ausgedrückt wird:

»Jedermann ist sich bewußt, daß die Vorliebe, welche die große Masse der Menschheit für gegenwärtige Befriedigung statt für aufgeschobene hat, oder mit anderen Worten, ihre Unwilligkeit zu »warten«, die Anhäufung von Reichtum gehemmt und den Zinsfuß hochgehalten hat.« (zit. i. Allg. Theorie Seite 203)

Keynes stellt weiter fest, daß er in seiner »*Treatise on Money*« (»Vom Gelde«) einen »vermeintlich einzigartigen Zinsfuß« definiert habe, den er den »natürlichen Zinsfuß« genannt hatte, der die Gleichheit zwischen der Rate der Ersparnis und der Rate der Investition sichere. Dies schien ihm eine Weiterführung und Klärung des »natürlichen Zinsfußes« von *Wicksell* zu sein (demzufolge der »natürliche Zins« der erwarteten Grenzproduktivität der neu gebildeten Kapitalanlagen entspricht). Und wörtlich weiter:

»Ich hatte jedoch die Tatsache übersehen, daß es in einer gegebenen Gesellschaft . . . einen *verschiedenen* natürlichen Zinsfuß für jedes hypothetische Niveau der Beschäftigung gibt. Und ähnlich gibt es für jeden Zinsfuß ein Niveau der Beschäftigung, für das jener Zinsfuß der »natürliche Zinsfuß« ist, in dem Sinne, daß das System bei diesem Zinsfuß und auf diesem Niveau der Beschäftigung im Gleichgewicht sein wird. Es war somit ein Fehler, von dem natürlichen Zinsfuß zu sprechen oder anzudeuten, daß die obige Definition einen einzigartigen Wert für den Zinsfuß ergeben würde, unbekümmert um das Niveau der Beschäftigung. Ich hatte damals noch nicht verstanden, daß unter gewissen Bedingungen

das System im Gleichgewicht sein könnte mit weniger als Vollbeschäftigung.«

»Ich glaube nun nicht mehr, daß der Begriff eines »natürlichen« Zinsfußes, der mir früher als ein sehr vielversprechender Gedanke erschien, irgendeinen sehr nützlichen oder bedeutsamen Beitrag zu unserer Analyse darstellt. Er ist lediglich der Zinsfuß, der den *status quo* bewahren wird; und im allgemeinen haben wir kein überwiegendes Interesse am *status quo* als solchem.« (S. 203)

»Wenn es irgendeinen Zinsfuß gibt, der einzigartig und bedeutsam ist, muß es der Zinsfuß sein, den wir als den *neutralen* Zinsfuß bezeichnen könnten, nämlich der natürliche Zinsfuß im obigen Sinne, der mit *Vollbeschäftigung* vereinbar ist, wenn die anderen Parameter des Systems gegeben sind; obschon dieser Zinsfuß vielleicht eher als der *optimale* Zinsfuß bezeichnet werden könnte.« (S. 204)

Damit hat also Keynes seine eigene frühere, der Klassik entsprechende, Annahme einer Parallelbewegung von Spar- und Investitionsvolumen klar widerlegt. Das Sparen-gleich-Investieren-Theorem, wonach die Selbstheilungskräfte der Volkswirtschaft immer wieder zur Vollbeschäftigung führten, ist unhaltbar. Das Angebot schafft sich die Nachfrage nicht selbst. Der Zins besitzt keine Ausgleichsfunktion.

3. Keynes' Theorie der Vollbeschäftigung

Wenn es aber nun einmal keine »Selbstheilungskräfte« der Volkswirtschaft gibt, die zur Vollbeschäftigung führen, wie kann dann der »wünschenswerte« Zustand des »Sparens-gleich-Investierens« erreicht werden? Schon in seiner »Betrachtung über das Wesen des Kapitals« im 16. Kapitel hatte Keynes sinniert:

»Nehmen wir an, daß Schritte zur Sicherung der Übereinstimmung des Zinsfußes mit der Rate der Investition unternommen werden, die der Vollbeschäftigung entspricht. Nehmen wir ferner an, daß staatliche Maßnahmen als ein ausgleichender Faktor eingreifen, um vorzusorgen, daß das Wachstum der Kapitalausrüstung derart wird, daß sie dem Sättigungspunkt zu einem Satze näherückt, der der Lebenshaltung der gegenwärtigen Generation keine unverhältnismäßige Bürde auferlegt.«

»Unter solchen Voraussetzungen würde ich schätzen, daß ein richtig geleitetes, mit modernen technischen Mitteln ausgerüstetes Gemeinwesen, dessen Bevölkerung nicht sehr rasch zunimmt, in der Lage sein sollte, innerhalb einer einzigen Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Gleichgewicht auf ungefähr Null herunter zu bringen; so

daß wir den Zustand eines quasi-statischen Gemeinwesens erreicht haben würden«

»Wenn ich recht habe mit meiner Annahme, daß es verhältnismäßig leicht sein sollte, Kapitalgüter so reichlich zu produzieren, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals Null ist, mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden. Denn ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Änderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuften Reichtum ergeben würden. Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es zu einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht mehr aus sich selbst wachsen«

»Obschon der (Kapital-) Rentner verschwinden würde, würde trotzdem noch Raum für Unternehmensverlust und für Geschicklichkeit in der Schätzung voraussichtlicher Erträge sein Denn das Obige bezieht sich in erster Linie auf den reinen Zinsfuß« (Allg. Theorie S. 184/185)

Was also schlägt Keynes zur Sicherung der Vollbeschäftigung vor?

Zunächst setzt er sich mit der Lohntheorie der Klassik auseinander. Dieser Theorie zufolge beruht die angebliche Selbstregulierung der Wirtschaft u. a. auf der Nachgiebigkeit der Geldlöhne, sobald sich eine Rezession abzeichnet. Diese Meinung, die übrigens noch bis zum heutigen Tage von einigen maßgebenden Vertretern der ökonomischen Zunft geteilt wird, stützt sich auf die Annahme, daß eine Kürzung der Löhne – unter sonst gleichen Bedingungen – zu einer Verbilligung der Fertigprodukte führe und dadurch die Nachfrage anrege, was zu einer Belebung der Beschäftigung und der Produktion führe, also zur Wiedergewinnung des Gleichgewichts von Sparen und Investieren.

Keynes teilt diese Ansicht »von Grund aus« nicht. Nach einer längeren Erörterung und Kritik der »Theory of Unemployment« von Prof. A. C. Pigou kommt er zu der »Ansicht, daß die Erhaltung eines beständigen Allgemeinniveaus der Geldlöhne . . . die ratsamste Politik für ein geschlossenes System ist; während dieselbe Forderung für ein offenes System nur gelten wird, wenn das Gleichgewicht mit der übrigen Welt durch das Mittel schwankender Wechselkurse gesichert werden kann.« (Allg. Theorie S. 228)

Keynes' Überlegungen gehen vielmehr von der Feststellung aus, daß, wenn die wirksame Nachfrage unzulänglich ist, Unterbeschäftigung entsteht und daß dann viele Menschen bereit wären, zu einem niedrigeren Lohn zu arbeiten. Mit der Zunahme der wirksamen Nachfrage nimmt folg-

lich die Beschäftigung zu, und zwar zu dem bestehenden Reallohn solange, bis es keine Arbeitslosen mehr gibt – es sei denn, die Löhne würden rascher als die Preise steigen. Dies aber hätte ein Sinken der Gewinne der Unternehmen zur Folge.

Keynes wörtlich weiter: »Die Bedingungen strengen Gleichgewichts erfordern daher, daß die Löhne und Preise, und folglich auch die Gewinne, alle im gleichen Verhältnis wie Ausgaben steigen, wenn die »Real«-Lage, einschließlich der Menge der Produktion und der Beschäftigung, in jeder Beziehung unverändert bleiben soll. Das heißt, wir hätten einen Zustand erreicht, in welchem der rohen *Quantitätstheorie des Geldes* (welche die 'Umlaufgeschwindigkeit' als 'Einkommenumlaufgeschwindigkeit' auslegt) völlig genügt wird; denn die Produktion ändert sich nicht, und die Preise steigen im genauen Verhältnis zu MV « (also zu Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit). (Allg. Theorie S. 245)

Wenn diese Gleichgewichtsbedingungen aber nicht erreicht werden, wenn die Löhne und Preise nicht im gleichen Verhältnis steigen, und wenn insbesondere die Gewinne nicht mehr ausreichen, die Forderungen der Kapitalrentner, der »funktionslosen Investoren«, zu befriedigen, was dann? Zur Klärung dieser Frage wendet sich Keynes den »Problemen der wirklichen Welt zu, . . . in der die *Erwartungen* über die Zukunft das, was wir heute tun, beeinflussen«. (Allg. Theorie S. 248) Er stellt dabei u. a. fest:

Das allgemeine Preisniveau stützt sich teilweise auf die Produktionskosten und teilweise auf den Beschäftigungsgrad. Bedeutsamer ist jedoch die Wirkung von Änderungen der *Nachfrage*, sowohl auf die Kosten als auf die Beschäftigung. »Es ist die *Nachfrageseite*, auf der wir ganz neue Gedanken einzuführen haben.« Folglich kann die Wirkung von Änderungen der Geldmenge auf das Niveau der *Preise* als eine Zusammensetzung der Wirkung auf die Lohnhöhe und der Wirkung auf die Beschäftigung betrachtet werden. (vgl. S. 249).

Dabei gilt: solange Arbeitslosigkeit herrscht, haben wir konstante Erträge und starre Löhne, und eine Zunahme der Geldmenge hat dann auch keine Wirkung auf die Preise. Sobald aber Vollbeschäftigung erreicht ist, steigen Löhne und Preise im gleichen Verhältnis wie die Zunahme der wirksamen Nachfrage – entsprechend der Quantitätstheorie des Geldes. Jedoch ergeben sich dabei einige bemerkenswerte Komplikationen: (vgl. S. 250)

1. Hauptwirkung einer *Änderung der Geldmenge* auf die wirksame Nachfrage wird durch ihren Einfluß auf den *Zinsfuß* ausgeübt. Und zwar a) hinsichtlich der *Bevorzugung der Liquidität*, die sagt, um wieviel der Zinsfuß fallen muß, damit das neue Geld von den Unternehmern aufgenommen werden kann; b) hinsichtlich der *Grenzleistungsfähigkeit des*

Kapitals, die sagt, um wieviel eine Senkung des Zinsfußes die Investition vermehren wird; und c) hinsichtlich des *Multiplikators* der Investition, der angibt, um wieviel eine gegebene Zunahme der Investition die wirksame Nachfrage als Ganzes vermehren wird. (vgl. S. 252)

2. Mit allmählich zunehmender Beschäftigung sinken die Erträge, da nicht alle Ressourcen gleichartig sind.

3. Sobald aber alle Ressourcen in Anspruch genommen werden müssen und »Flaschenhalse« entstehen, wird eine rapide Preissteigerung eintreten.

4. Die Löhne neigen schon dann dazu, zu steigen, bevor Vollbeschäftigung erreicht ist. Jede Zunahme der wirksamen Nachfrage hat eine steigende Tendenz der Löhne zur Folge, wobei die Unternehmerverbände und Gewerkschaften, sowie – bei einem offenen System – die ausländische Konkurrenz allerdings eine wesentlich mitbestimmende Rolle spielen.

5. Bildet man einen gewogenen Durchschnitt aller in die Kosten eingehenden Faktoren, so kann man von einer *Kosteneinheit* oder, da sich diese im gleichen Verhältnis wie die *Lohneinheit* ändern, der *Lohneinheit* sprechen, die damit als der wesentliche *Wertstandard* betrachtet werden kann. Das *Preisniveau* aber, das sich teils auf die *Kosteneinheit*, teils auf die Produktion stützt, wird sich auch dann schon erhöhen, wenn nur die Produktion steigt. *Vollbeschäftigung* ist dann erreicht, wenn die Produktion auf ein Niveau gestiegen ist, auf dem der Grenzertrag der Produktionsfaktoren auf den Mindeststand gefallen ist, bei dem gerade noch genügend Faktoren verfügbar sind, um diese Produktion aufrechtzuerhalten.

Wenn eine weitere Zunahme der wirksamen Nachfrage keine Produktionssteigerung mehr bewirkt, sondern lediglich eine Erhöhung des Lohnniveaus, dann ist ein Zustand erreicht, den man als »*wahre Inflation*« bezeichnen könnte. Jede frühere Zunahme der Geldmenge wird, insofern sie die wirksame Nachfrage vermehrt, teilweise durch eine Vermehrung der *Kosteneinheit* und teilweise durch eine Vermehrung der Produktion wirken.

Es scheint daher, daß wir eine Art Asymmetrie über und unter dem kritischen Niveau haben, über dem die *wahre Inflation* einsetzt. . .

Keynes Schlußfolgerung: »Wir benötigen in der Tat *einen* Faktor, dessen Wert, in Geld ausgedrückt, wenn nicht fixiert, so doch wenigstens so dauerhaft ist, um einige Wertbeständigkeit in ein Geldsystem zu bekommen.«

Nach Erörterung der Verhältnisse im 19. Jahrhundert, in dem »das Durchschnittsniveau« der Beschäftigung »natürlich« beträchtlich unter dem der Vollbeschäftigung lag, aber nicht so unerträglich darunter, um umstürzlerische Veränderungen hervorzurufen«; und nach einem Blick auf die Lage zu Beginn der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts, in dem »die Schärfe und

die Besonderheit unseres gegenwertigen Problems aus der Möglichkeit erwächst, daß der durchschnittliche Zinsfuß, der ein vernünftiges Durchschnittsniveau der Beschäftigung gestattet, den Vermögensbesitzern so unannehmbar ist, daß er nicht ohne weiteres lediglich durch die Handhabung der Geldmenge festgesetzt werden kann«, kommt Keynes zu dem Schluß:

»Das beständigste und das am wenigsten leicht veränderbare Element in unserer zeitgenössischen Wirtschaft war bis jetzt, und mag sich auch in Zukunft als solches erweisen, der *Mindestzinsfuß*, der der Allgemeinheit der Vermögensbesitzer annehmbar ist. Wenn ein erträgliches Beschäftigungsniveau einen Zinsfuß stark unter den durchschnittlichen Sätzen erfordert, die im 19. Jahrhundert galten, ist es sehr fraglich, ob er lediglich durch die Handhabung der Geldmenge erreicht werden kann . . .

»Das langfristige Verhältnis zwischen dem Volkseinkommen und der Geldmenge wird von der *Vorliebe für Liquidität* abhängen. Und die langfristige Beständigkeit oder Unbeständigkeit der Preise wird abhängen von der Stärke des Auftriebs der Lohneinheit (oder, genauer, der Kosteneinheit) im Vergleich zur Zuwachsrate der Leistungsfähigkeit des Produktionssystems.« (vgl. Allg. Theorie, S. 248–262)

Staatliche Investitionslenkung

Die *Konjunkturschwankungen*, den *Konjunkturzyklus*, erklärt Keynes nun folgendermaßen: Obwohl die Schwankungen im Hang zum Verbrauch, in der Bevorzugung der Liquidität und in der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals alle eine besondere Rolle gespielt haben, so ist doch der wesentliche Charakter des Konjunkturzyklus, des fast regelmäßigen Auf und Ab der Konjunkturen, hauptsächlich auf die *Schwankungen der »Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals«* zurückzuführen.

Der *zyklische* Charakter der Bewegungen ist dadurch gekennzeichnet, daß die Kräfte, die nach aufwärts treiben und eine sich gegenseitig steigernde Wirkung haben, von einem bestimmten Punkt ab nachlassen und schließlich von Kräften abgelöst werden, die nach unten wirken. Hinzu kommt aber, daß dieser *Umschlag* nach unten nicht allmählich eintritt, sondern in aller Regel *plötzlich* und überaus *heftig* erfolgt. Dies ist das eigentliche Wesen der *Krise*. Dabei ist der entscheidende *Auslösefaktor* des Umschlages nicht in der mit dem Aufschwung einhergehenden Erhöhung des Zinsfußes zu suchen, sondern in dem plötzlichen Zusammenbruch der *Zukunftserwartungen* der Anleger als Folge des Zusammenbruchs der »Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals«. Dabei spielt die Marktstimmung der berufsmäßigen Spekulanten eine nicht zu unterschätzende Rolle: Sie

ziehen sich sofort vom Markt zurück, wenn Ihre optimistischen Erwartungen einer Enttäuschung Platz machen müssen. Und mit der Zunahme der Bevorzugung der Liquidität erhöht sich dann natürlich auch noch der Zinsfuß, der dann seinerseits die Abnahme der Investition erst recht verschärft.

Keynes folgert weiter: *Grundbedingung für einen neuerlichen Anstieg der Konjunktur* ist eine generelle Senkung des Zinsfußes. Dazu ist aber Voraussetzung die Rückkehr des *Vertrauens* der Geschäftswelt. Ferner spielen die Dauerhaftigkeit des Realkapitals eine Rolle, sowie die Durchhaltkosten der Vorräte. Erst wenn eine offensichtliche Kapital- und Vorräteknappheit die Zweifel der Unternehmer und Anleger in die Zuverlässigkeit der Zukunftserwartungen und damit der Erwartung neuer Gewinne und einer Erhöhung der »Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals« überwunden haben wird, wird auch ein erneuter Aufschwung eintreten. Dies gilt besonders auch für eine »börsenbewußte« Bevölkerung wie in den USA: ein steigender Wertpapiermarkt ist dort geradezu eine wesentliche Bedingung für eine Zunahme des Konsums. Hat der Wiederanstieg aber endlich eingesetzt, so »ist die Art, in der er sich nährt und steigert, offensichtlich.« Zeitgemäß gesprochen: die »Selbstheilungskräfte der Wirtschaft« haben wieder eingesetzt.

Keynes aber zieht folgenden Schluß: Während der Abwärtsphase der Konjunktur, wenn die Unternehmen nicht mehr ausgelastet sind und Arbeitslosigkeit herrscht, kann die Rentabilitätsgrenze so tief sinken, daß sie durch keinerlei Senkung des Zinsfußes mehr so verbessert werden kann, daß neue Investitionen noch lohnend erscheinen könnten. Überdies drücken gerade dann die Bewegungen des Wertpapiermarktes den »Hang zum Verbrauch« herab, wenn er am dringendsten gebraucht wird.

Unter der Herrschaft des *Laissez-faire* kann sich daher die Vermeidung großer Schwankungen der Beschäftigung ohne eine weitgehende Änderung der »Psychologie« der Investoren als unmöglich erweisen. Eine solche grundsätzliche Änderung je zu erwarten, besteht aber keinerlei Grund. Keynes zieht daraus die »Schlußfolgerung, daß die Aufgabe der Lenkung der Investitionen nicht ohne Gefahr in privaten Händen gelassen werden kann.« (Allg. Theorie S. 320)

Dabei müßten sich die Anstrengungen zur Verstetigung der Konjunktur sowohl auf einen *zunehmenden Verbrauch* als auch auf eine *Vermehrung des Kapitals* konzentrieren, bis dies aufhört, knapp zu sein. Dabei wäre es »das weiseste Verfahren, auf beiden Fronten gleichzeitig vorzugehen.« Während Keynes dabei eine »sozial gelenkte Investitionsrate« (Socially controlled rate of investment) befürwortet, mit dem Ziel einer fortschreitenden Abnahme der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, würde er gleichzeitig

alle Bestrebungen unterstützen, die zu einer Steigerung des Hanges zum Verbrauch führen. denn es sei unmöglich, die Vollbeschäftigung aufrechterhalten oder zu erreichen, solange die Neigung zum Verbrauch nicht größer werde, was auch immer zur Förderung der Investitionen unternommen werde. Beide Maßnahmen müßten deshalb also zugleich ergriffen werden, die Förderung der Investition und die Förderung des Konsums – und zwar nicht nur auf das Niveau, das beim bestehenden Hang zum Verbrauch mit der vermehrten Investition übereinstimmen würde, sondern auf ein noch höheres Niveau. (vgl. General Theory S. 325)

Keynes begründet seinen Vorschlag wie folgt:

»Das Gewicht meiner Kritik richtet sich somit gegen die Unzulänglichkeit der theoretischen Grundlagen der *Laissez-faire-Doktrin*, in der ich erzogen wurde und die ich während vieler Jahre gelehrt habe; gegen die Anschauung, daß der Zinsfuß und die Beschäftigung *sich von selbst* auf das optimale Niveau einstellen, so daß es Zeitverschwendung wäre, sich mit der Handelsbilanz abzugeben . . .

»Unter dem Einfluß dieser falschen Theorie hat die City von London allmählich die gefährlichste Technik für die Erhaltung des Gleichgewichts erarbeitet, die man sich nur denken kann, nämlich die Technik, die Bankrate mit einer *starren Parität der Wechselkurse* zu kuppeln. Denn dies bedeutete, daß das Ziel der Erhaltung eines mit Vollbeschäftigung zu vereinbarenden Zinsfußes völlig ausgeschaltet wurde. Da es in Wirklichkeit unmöglich ist, die Zahlungsbilanz zu vernachlässigen, wurde ein Mittel für ihre Kontrolle entwickelt, das, statt den inländischen Zinsfuß zu schützen, ihn der Wirkung blinder Gewalten opferte. (Allg. Theorie S. 287)

Denn in einer Wirtschaft, . . . in der die im Inland umlaufende Geldmenge und der inländische Zinsfuß hauptsächlich durch die Zahlungsbilanz bestimmt werden, . . . steht den Behörden kein anderes orthodoxes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung als das Ringen nach einem Ausfuhrüberschuß . . .«

»Nie in der Geschichte ist eine Methode erdacht worden, die den Vorteil jedes Landes wirksamer im Gegensatz zum Vorteil seiner Nachbarn gebracht hätte, als der internationale *Gold-Standard*. Denn er macht den inländischen Wohlstand unmittelbar von den wetteifernden Jagd nach Märkten und dem wetteifernden Appetit auf die Edelmetalle abhängig . . .

»Mit dem Anwachsen des Reichtums und mit dem abnehmenden Grenzhang zum Verbrauch hat er die Neigung gehabt, zunehmend vernichtend zu werden. Die Rolle, die von den *orthodoxen Ökonomen* gespielt wurde, deren gesunder Menschenverstand nicht ausreichte, ihrer falschen Logik entgegenzuwirken, ist bis zum letzten Akt verhängnisvoll gewesen. Denn wenn einige Länder in ihrem blinden Ringen nach einem Ausweg die Ver-

pflichtungen abgeworfen hatten, die früher einen autonomen Zinsfuß unmöglich gemacht hatten, so haben diese Ökonomen gelehrt, daß die Wiederherstellung der früheren Ketten ein notwendiger erster Schritt zu einem allgemeinen Anstieg sei.

»In Wahrheit trifft das Gegenteil zu. Es ist die Politik eines *autonomen Zinsfußes*, unangenehm von internationalen Voreingenommenheiten, und eines auf ein Optimum inländischer Beschäftigung gerichteten *nationalen Beschäftigungsprogramms*, das doppelt gesegnet ist in dem Sinne, daß es gleichzeitig *uns selbst und unseren Nachbarn hilft*.« (Allg. Theorie S. 295)

Keynes und Silvio Gesell

Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick auf die Haltung der mittelalterlichen Kirche und auf die der Merkantilisten zum Zinsproblem, kommt Keynes zu einer eingehenden Würdigung des Werkes von *Silvio Gesell*, dessen »*Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*« ihn in besonderem Maße beschäftigt hat. Keynes schreibt:

Es ist zweckmäßig, an dieser Stelle den seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten *Silvio Gesell* (1862–1930) zu erwähnen, dessen Werk Einfälle tiefer Einsicht enthält und der nur gerade eben verfehlt, bis zum Kern der Sache vorzudringen . . .« (General Theory S. 353)

Keynes bezeichnet *Gesells* Hauptwerk als eine Art »*antimarxistischen Sozialismus*«, eine »*Reaktion gegen das Laissezfaire, auf theoretischen Grundlagen errichtet, die von jenen von Marx grundverschieden*« sind, indem sie sich auf eine Entfesselung des Wettbewerbs stützen und nicht auf dessen Abschaffung. »*Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird. Das Vorwort zur 'Natürlichen Wirtschaftsordnung' . . . wird dem Leser . . . die moralischen Höhe Gesells zeigen. Die Antwort auf den Marxismus ist in den Grundsätzen dieses Vorwortes zu finden.*«

»*Gesell* . . . unterscheidet deutlich zwischen Zinsfuß und 'Grenzleistungsfähigkeit' des Kapitals, und er legt dar, daß es der Zinsfuß ist, der dem Wachstum des Kapitals eine Grenze setzt. Dann hebt er hervor, daß der Zinsfuß ein rein monetäres Phänomen ist und daß die *Eigentümlichkeit des Geldes* . . . in der Tatsache liegt, daß *sein Besitz*, als Mittel, Reichtum aufzuspeichern, dem Besitzer *unbedeutende Durchhaltekosten* verursacht und daß solche Arten des Reichtums wie Warenvorräte, die Durchhaltekosten bedingen, . . . wegen des vom Gelde gesetzten Standards einen Ertrag abwerfen. Er führt die relative *Stabilität des Zinsfußes durch alle Zeiten* als Beweis dafür an, daß er nicht von stofflichen Merkmalen abhängen kann . . . sondern von konstanten *psychologischen*

Eigenschaften, während die starken Schwankungen, die . . . die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bestimmen, nicht den Zinsfuß bestimmt haben, sondern den Satz, zu dem der *gegebene* Zinsfuß es dem Realkapital erlaubt, zu wachsen.« (vgl. General Theory S. 355/356)

Aber, so behauptet Keynes, die Theorie *Gesells* habe einen »großen Fehler«, denn *Gesell* habe nicht erklärt, warum der Geldzinsfuß positiv sei. Dies sei darauf zurückzuführen, daß ihm der Gedanke der Bevorzugung der Liquidität nicht gekommen sei. So habe er nur »eine halbe Theorie des Zinsfußes« entwickelt.

Trotzdem aber habe *Gesell* seine Theorie weit genug entwickelt, um zu einem praktischen Schluß zu kommen, »der den Kern in sich trägt, was notwendig ist, obschon er in der vorgeschlagenen Form nicht durchführbar ist. Er legt dar, daß die Vermehrung von Realkapital durch den Geldzinsfuß aufgehalten wird, und daß, wenn dieses Hemmnis beseitigt würde, die Vermehrung von Realkapital in der modernen Welt so rasch sein würde, daß ein Nullgeldzinsfuß wahrscheinlich gerechtfertigt sein würde . . . Die Hauptnotwendigkeit ist somit eine Senkung des Zinsfußes, und dies, hebt er hervor, kann dadurch erreicht werden, daß man veranlaßt, daß das Geld Durchhaltekosten bedingt genau wie andere Vorräte . . . Dies führt ihn zu dem berühmten Vorschlag des »gestempelten« Geldes, mit dem sein Name hauptsächlich in Zusammenhang gebracht wird, und der die Zustimmung von Professor Irving Fisher erhalten hat.« (General Theory S. 356/357)

»Der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanken ist gesund«, sagt Keynes weiter. »Es ist in der Tat möglich, daß Mittel gefunden werden könnten, um ihn in bescheidenem Rahmen in der Wirklichkeit anzuwenden. Aber es bestehen viele Schwierigkeiten, auf die *Gesell* nicht gefaßt war«, meint Keynes weiter. Zu diesen »Schwierigkeiten« zählt er, daß eine ganze Reihe von Ersatzmitteln in die Fußstapfen des Geldes treten könne: Bankgeld, täglich abrufbare Darlehen, ausländisches Geld, Juwelen, Edelsteine usw. Außerdem könne der Erwerb von Grund und Boden dazu beitragen, den Zinsfuß hoch zu halten. »Freilich wäre nach *Gesells* System diese Möglichkeit durch die Verstaatlichung des Bodens ausgeschaltet.« (General Theory S. 358)

4. Keynes »Schlußbetrachtungen über die Sozialphilosophie, zu der die 'Allgemeine Theorie' führen könnte.

»Die schlimmsten Mängel unserer herrschenden Wirtschaftsordnung sind ihre Unfähigkeit, die Dauervollbeschäftigung zu erhalten, sowie ihre willkürliche und ungleichmäßige Verteilung von Wohlstand und Einkommen. Die Bedeutung der hier dargelegten Theorie für die Bewälti-

gung des ersteren dieser Mängel liegt auf der Hand. Aber in zweierlei Hinsicht ist sie auch für die Lösung des zweiten Problems von Gewicht. Wir haben gesehen, daß bei Nichtvollbeschäftigung die Kapitalbildung keineswegs von einem niedrigen Hang zum Verbrauch abhängig ist, sondern — ganz im Gegenteil — dadurch zurückgehalten wird, und daß lediglich bei Vollbeschäftigung ein niedriger Hang zum Verbrauch förderlich für die Kapitalbildung ist. Überdies läßt die Erfahrung vermuten, daß unter den derzeitigen Umständen das Sparen durch Kapitalsammeln mehr als ausreichend ist und daß sich Maßnahmen zur Einkommensumverteilung, die die Neigung zum Verbrauch fördern könnten, als höchst günstig erweisen könnten. (Allg. Theorie S. 314)

»Wir kommen damit zu dem Schluß, daß unter den derzeitigen Bedingungen die Wohlstandsvermehrung, weit davon entfernt, von der *Enthaltsamkeit der Reichen* abhängig zu sein, wie gemeinhin angenommen wird, viel eher durch sie *verhindert* wird. Eine der hauptsächlichsten sozialen Rechtfertigungen großer Wohlstandsungleichheit ist damit beseitigt. (Allg. Theorie S. 315)

II

Der sanfte Tod des funktionslosen Investors

»Aus unserer Beweisführung ergibt sich indessen eine zweite, weit grundsätzlichere Folgerung für die Ungleichheit der Wohlstandsverteilung, nämlich unsere *Zinstheorie*. Die Rechtfertigung eines mäßig hohen Zinssatzes ist bislang in der Notwendigkeit gesehen worden, einen ausreichenden Anreiz zum Sparen zu schaffen. Wir haben aber gezeigt, daß die Sparrate von der Investitionsrate abhängig ist und daß diese wiederum von einem *niedrigen Zinsfuß* gefördert wird, vorausgesetzt, daß wir nicht versuchen, sie über den Punkt hinaus anzureizen, bei dem Vollbeschäftigung gegeben ist. Es scheint deshalb also geboten, den Zinsfuß bis auf den Punkt im Rahmen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals herabzusetzen, bei dem Vollbeschäftigung herrscht.

»Zweifellos wird dies zu einem viel niedrigeren Zinsfuß als bisher führen; und, soweit man aus dem Verhältnis zwischen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Kapitalvermehrung schließen kann, wird der Zinsfuß stetig sinken, insofern es erwünscht sein sollte, die Dauervollbeschäftigung aufrechtzuerhalten . . . (Allg. Theorie S. 316)

»Ich bin überzeugt davon, daß die Nachfrage nach Kapital streng begrenzt ist in dem Sinne, daß es nicht schwierig wäre, den Gesamtbestand an Kapital derart zu vermehren, daß seine Grenzleistungsfähigkeit auf einen sehr niedrigen Punkt sinken würde . . . Der Gesamtertrag aus den Kapitalgütern wie auch aus den kurzlebigen Wirtschaftsgütern würde (dann) gerade ihre reinen Produktionskosten, zuzüglich einer Vergütung für Risiko und Unternehmerfähigkeiten decken. (Allg. Theorie S. 317). »Obwohl dieser Zustand sehr wohl mit einem gewissen Maß an Individualismus vereinbar wäre, würde er doch den *sanften Tod des »Rentners«* bedeuten und folglich auch den *sanften Tod der sich stetig steigenden Macht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszu-*

beuten. Der Zins ist heute keine Belohnung für ein echtes Opfer, so wenig wie die *Grundrente*. Der Kapitalbesitzer kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade so wie der Grundeigentümer eine Grundrente erlangen kann, weil der Grund und Boden knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit des Bodens bestehen mögen, gibt es keine natürlichen Gründe für die Knappheit des Kapitals . . . Nur wenn sich der Hang zum Verbrauch als so stark erweisen würde, daß, bei Vollbeschäftigung, das Sparen aufhören würde, bevor genügend Kapital gebildet wäre, . . . sollte das Sparen durch *staatliche* Förderung auf einem Stand gehalten werden, der die Kapitalvermehrung bis zu dem Punkt erlauben würde, an dem es aufhört knapp zu sein. (Allg. Theorie S. 317)

»Ich sehe daher in dem Rentneraspekt des Kapitalismus eine vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihren Zweck erfüllt hat. Und mit dem Verschwinden des Rentneraspekts wird noch vieles andere einen *Gezeitenwechsel* erfahren . . .« (Allg. Theorie S. 317)

»Wir könnten somit tatsächlich (und das wäre nicht unerreichbar) solange eine *Kapitalvermehrung* anstreben, bis dieses aufhört, knapp zu sein, so daß der *funktionslose Investor* fürderhin *keinen Bonus mehr erhalten wird*; und eine *direkte 'Steuer'*, die es ermöglicht, die Intelligenz, die Entschlußkraft und das Durchsetzungsvermögen des Finanzmannes, des Unternehmers et hoc genus omne (die ihren Beruf gewiß so gern haben, daß ihre Leistungen viel billiger als gegenwärtig erhältlich wären) zu einer angemessenen Vergütung in den Dienst des Gemeinwesens einzuspinnen . . .« (Allg. Theorie S. 317/318)

II

Verstaatlichung der Investitionen

»Während die (oben dargelegte) Theorie auf die lebenswichtige Bedeutung der Einrichtung gewisser zentraler Kontrollstellen hinweist in Angelegenheiten, die heute noch der Privatinitiative überlassen sind, gibt es weite Tätigkeitsbereiche, die ganz unberührt bleiben. Der Staat wird einen lenkenden Einfluß auf den Hang zum Verbrauch ausüben müssen, teilweise durch sein Steuersystem, teilweise durch die Festsetzung des Zinsfußes und teilweise vielleicht auf andere Weise. Ferner scheint es unwahrscheinlich, daß der Einfluß der Bankpolitik auf den Zinsfuß bereits ausreichen wird, eine optimale Investitionsrate zu bestimmen. (Allg. Theorie S. 318/319)

»Ich denke daher, daß eine ziemlich *umfassende Verstaatlichung der Investition* sich als *das einzige Mittel zur Sicherung annähernder Vollbeschäftigung* erweisen wird; obwohl dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muß, durch welche der Staat mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird. Aber darüber hinaus gibt es keine einleuchtende Begründung für ein System des Staatssozialismus, das den größten Teil des Wirtschaftslebens des Gemeinwesens umfassen würde. Es ist nicht das Eigentum an den Produktionsmitteln, das zu besitzen für den Staat wichtig wäre. Wenn der Staat die Gesamtmenge der

Ressourcen bestimmen kann, die der Vermehrung der Produktionsmittel und der Entlohnung ihrer Eigentümer zu widmen sind, wird er alles getan haben, was notwendig ist . . . (Allg. Theorie S. 319)

»Abgesehen von der Notwendigkeit *zentraler Lenkung zur Erlangung eines Ausgleichs zwischen dem Hang zum Verbrauch und der Investitionsbereitschaft*, gibt es somit keine weiteren Gründe für die Verstaatlichung des Wirtschaftslebens als früher . . . (Allg. Theorie S. 319/320)*

»Ich stimme somit mit *Gesell* überein, daß das Ergebnis unserer Bemühungen um die Überwindung der Lücken der klassischen Theorie nicht darin bestehen kann, das »Manchester System« abzuschaffen, sondern darin, *die Bedingungen zu erkennen, die das freie Spiel der Wirtschaftskräfte erfordert, wenn es alle Möglichkeiten der Produktion verwirklichen soll.*

»Die *zentralen Kontrollen*, die für die Sicherung der Vollbeschäftigung erforderlich sind, bringen natürlich eine *große Ausdehnung der Aufgaben der Regierung* mit sich . . . Aber es wird immer noch ein weites Feld für die Ausübung der Privatinitiative . . . verbleiben. Innerhalb dieses Bereiches werden die traditionellen Vorteile des Individualismus ihre alte Geltung behalten. Als da sind: Leistungsfähigkeit; Dezentralisation; Eigenwohlstreben; Individualismus, »der beste Garant der Freiheit der Person, wenn er von seinen Mängeln und Mißbräuchen gereinigt werden kann«; Mannigfaltigkeit des Lebens, »die die Traditionen bewahrt« . . . (Allg. Theorie S. 320/321)

»Während die *Erweiterung des Aufgabenbereichs der Regierung* . . . einem Publizisten des 19. Jahrhunderts oder einem amerikanischen Finanzmann als ein schrecklicher Eingriff in die persönliche Freiheit erscheinen würde, verteidige ich sie im Gegenteil, sowohl als *das einzige Mittel zur Vermeidung der Zerstörung der bestehenden Wirtschaftsordnung* als auch als die *Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Ausübung der Privatinitiative* . . . (Allg. Theorie S. 312)

»Die *autoritären Staatssysteme* von heute scheinen das Problem der Arbeitslosigkeit auf Kosten der Leistungsfähigkeit und der Freiheit zu lösen. *Es ist sicher, daß die Welt die Arbeitslosigkeit, die (von kurzen Zeiträumen der Belebung abgesehen) nach meiner Meinung ganz und gar unvermeidlich mit dem heutigen kapitalistischen Individualismus verknüpft ist, nicht mehr lange dulden wird.* Durch eine richtige Analyse des Problems sollte es aber möglich sein, die Krankheit zu heilen und dennoch zugleich Leistungsfähigkeit und Freiheit zu bewahren. (Allg. Theorie S. 321)

* Wir wehren uns von unserem *heutigen, freiheitlichen* Standpunkt aus gegen den Keynes'schen Vorschlag der staatlichen Investitionslenkung, weil sie wiederum von der politischen Interessengruppen-Szene abhängig sein würde, und meinen, daß Keynes wohl an die durchaus gesunde Rechtsaufsicht gedacht hat, wenn er es unternimmt, für die gleichbleibende Kaufkraft des Geldes und damit der Rechtllichkeit der Geld- und Arbeitsverträge sorgt. (Red.)

IV

Vorrang der Vollbeschäftigung vor Währungsparität

»Ich habe beiläufig erwähnt, daß das neue System besser für den Frieden sein könnte, als es das alte gewesen ist . . .

»Wenn die Nationen lernen, sich selbst durch ihre *Innenpolitik* die Vollbeschäftigung zu verschaffen, brauchen bedeutende wirtschaftliche Kräfte auch nicht mehr darauf abzuzielen, die Interessen eines Landes zu denen seiner Nachbarn in Gegensatz zu bringen . . . Es gäbe keinen Grund mehr für ein Land, seine Waren einem anderen aufzuzwängen . . . zu dem ausdrücklichen Zweck, das Gleichgewicht der Zahlungen zu stören, um dadurch eine aktive Handelsbilanz für sich selbst zu erlangen. *Der internationale Handel* würde aufhören, das zu sein, was er ist, nämlich ein verzweifelter Mittel, um die Beschäftigung im Inland durch das Aufdrängen von Verkäufen auf fremden Märkten und durch die Einschränkung der Importe aufrechtzuerhalten, wodurch im Falle des Erfolgs lediglich das Problem der Arbeitslosigkeit auf den im Kampfe unterlegenen Nachbarn geschoben würde; er würde ein freier, ungehinderter Austausch von Gütern und Dienstleistungen zum gegenseitigen Vorteil aller sein.

V

»Ist die Verwirklichung dieser Ideen eine visionäre Hoffnung? . . . Wenn sie aber richtig sind . . ., so wäre es ein Fehler . . . zu bestreiten, daß sie im Verlaufe einer gewissen Zeit an Macht gewinnen werden . . . *Die Ideen der Ökonomen und Staatsphilosophen*, sowohl wenn sie im Recht als auch wenn sie im Unrecht sind, *sind einflußreicher, als gemeinhin angenommen wird*. Die Welt wird in der Tat von wenig anderem regiert. Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen . . . Ich bin überzeugt davon, daß die Macht des Kapitals («vested interests») im Vergleich zum allmählichen Durchdringen der Ideen stark übertrieben wird. Diese wirken nicht immer sofort, sondern erst nach einem gewissen Zeitraum; denn im Bereich der Ökonomie und der Staatsphilosophie gibt es nicht viele, die nach ihrem fünfundzwanzigsten oder dreißigsten Lebensjahr noch durch neue Theorien beeinflusst werden, so daß die Ideen, die Staatsbeamte und Politiker und selbst Agitatoren auf die laufenden Ereignisse ausüben, wahrscheinlich nicht die neuesten sind, aber früher oder später sind es Ideen, nicht Kapitalinteressen, die gefährlich sind, sei es zum Guten, sei es zum Bösen.« (vgl. General Theory S. 272–284, 314–324)

5. Zur Kritik an Keynes' »Allgemeiner Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«

»Früher oder später sind es Ideen, nicht Kapitalinteressen (»vested interests« im Originaltext), die gefährlich sind, sei es zum Guten, sei es zum Bösen.« Mit diesen Worten beschloß *Keynes* seine »Allgemeine Theorie«. Man wird dabei zugleich an eine andere Aussage in der »Allgemeinen Theorie« erinnert: »*Ricardo* hat England so vollständig erobert wie die Heilige Inquisition Spanien; und *Keynes* wird nicht müde, seinen Spott darüber auszugießen, daß *Ricardos* Nachfolger bis hin zu *Keynes'* Lehrer *Alfred Marshall* »das große Rätsel der wirksamen Nachfrage« auch nicht »ein einziges Mal auch nur erwähnt« hätten, und daß dieses »große Räsel« nur noch »verstehten unter der Oberfläche weiterleben konnte, in den Unterwelten von *Karl Marx*, *Silvio Gesell* oder *Major Douglas*«. (vgl. Allg. Theorie S. 27/28)

Ist es nicht höchst merkwürdig, welche eigenartige Parallele sich ergibt, wenn man das Schicksal der *Keynes'schen* Theorie und das seiner eigenen Stellung in der wissenschaftlichen Welt mit dem *Ricardos* vergleicht? So vollständig wie *Ricardo* vor fast zweihundert Jahren England »erobert« hatte, so fast vollständig hat *Keynes* nach Erscheinen der »Allgemeinen Theorie« das Denken der angelsächsischen Ökonomen »erobert«. Und – so fatal die »Eroberung« Englands (und von dort ausgehend der ganzen »westlichen« Welt) für England selbst und für den ganzen »Westen« gewesen ist, so fatal ist heute die »Eroberung« der anglo-amerikanischen Welt durch *Keynes'* »Ideen«.

Hatte *Ricardo* einst die Grundlagen für die zyklische Wiederkehr der Konjunkturzusammenbrüche gelegt, indem er der Notwendigkeit der steten Wirksamkeit der Nachfrage keinerlei Beachtung schenkte, so hat *Keynes* – zwar ganz gewiß ungewollt, aber eben doch tatsächlich – die Grundlagen gelegt für die ungeheuren Staatsverschuldungen in der gesamten westlichen Welt, ohne daß doch die Konjunkturzyklen auch nur im geringsten überwunden worden sind; sowie für das Überhandnehmen der Staatszuständigkeit und Sozialisierungstendenzen in allen Lebensbereichen zu Lasten der Freiheit der Menschen und der Mannigfaltigkeit ihres kulturellen Lebens.

Zunächst zu *Keynes'* Geldbegriff. Wenn *Keynes* feststellt, daß Vollbeschäftigung nur dadurch erreicht werden kann, daß der gesamte Gegenwert der Produktion in der Form von Geld wieder als »wirksame Nachfrage« auf dem Markt Nachfrage hält und daß deshalb die »Vorliebe für Liquidität« überwunden werden muß, sobald diese infolge des Rückganges der »Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals« (das heißt des Unterschreitens der

Rentabilitätsgrenze des Realkapitals) zur Geldhortung führt, weil diese keine »Durchhaltekosten« verursacht, – so ist diese Diagnose richtig.

Wenn dann aber *Keynes* empfiehlt, den Nachfrage-Ausfall durch »Kreditschöpfung« der Banken mit Hilfe der Zentralnotenbank zu ersetzen, so begehrt er geradezu einen Sündenfall wider seinen eigenen besseren Geist, demzufolge der Wert des Geldes ausschließlich aus seinem Verhältnis zu den produzierten Gütern herrührt – wie er selbst einmal in seinem Buch »Vom Gelde« (Seite 20) geschrieben hat: »... daß die Banken nicht mehr ausleihen können, als ihre Einleger ihnen vorher anvertraut haben. Da die Nationalökonomien nicht so viel gesunden Menschenverstand aufbringen, um sich diese Theorie zu eigen zu machen, ist viel Tinte vergossen worden.«

Das heißt also, die vorübergehend keine Nachfrage haltenden, aber völlig *legitimen Ansprüche* auf einen entsprechenden Anteil an den produzierten Gütern werden ersetzt durch *illegitime*, nicht berechnigte »Ansprüche« von Dritten, die gar nichts zu der bereits vorhandenen Produktion beigetragen haben. Sobald dann dadurch die Konjunktur wieder ansteigt, werden auch die »gehorteten«, vorübergehend ruhenden Gelder der einzigen Anspruchsberechtigten wieder nachfragewirksam, während die Gütermenge, auf die sich die Ansprüche richten, nicht größer geworden ist – mit der Folge, daß der Wert der nunmehr vergrößerten Gesamtgeldmenge entsprechend sinkt: die *Inflation* ist da!

Und genau diesen Zustand haben wir in der westlichen Welt, seit *Keynes'* Rezept die Köpfe der Ökonomen verwirrt hat. Und die Ursache dieser Entwicklung? *Keynes* hat den *Rechtscharakter des Geldes*, die Bedeutung des Geldes als *Rechtsdokument* nicht ausreichend gewürdigt und in der Praxis jedenfalls völlig vernachlässigt. So schreibt er zum Beispiel:

»In der Praxis ist es oft zweckmäßig, unter *Geld* Zeitdepositen bei Banken einzuschließen und gelegentlich sogar solche Dokumente wie Schatzwechsel. In der Regel werde ich ... voraussetzen, daß das Geld mit den Bankdepositen zu- und abnimmt.« (Allg. Theorie S. 140)

»Kein Zweifel (kann) darüber bestehen, daß im weitesten Sinne des Wortes alle Depositen von der Bank, die sie hält, *geschaffen* werden.« (»Vom Gelde« S. 24ff)

»Insbesondere war er (*Gesell*) sich nicht bewußt, daß das Geld nicht einzigartig darin ist, daß ihm eine Liquiditätsprämie anhaftet, sondern in dieser Beziehung nur im Grade von vielen anderen Waren abweicht, und daß seine Bedeutung daher rührt, daß es eine *größere* Liquiditätsprämie als irgendeine andere Ware hat. Wenn den Banknoten somit durch das Stempelsystem ihre Liquiditätsprämie genommen würde, würde eine lange Reihe von *Ersatzmitteln* in ihre Fußstapfen treten – Bankgeld, täg-

lich abrufbare Darlehen, ausländisches Geld, Juwelen und die Edelmetalle im allgemeinen und so weiter . . . » (S. 302)

Karl Walter schrieb hierzu in seiner Schrift »*Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie*« (erweiterte Fassung seines Vortrages vom 23. 7. 1962 in St. Vith):

»Die Lehre unseres berühmten englischen Nationalökonomens, die nach seinen eigenen Erwartungen und Hoffnungen die Welt verändern sollte, gipfelt also in bezug auf unser Thema in der Tat in der heute weltweit verbreiteten Vorstellung, die Investitionstätigkeit sei nicht abhängig von einer zuvor vorhandenen Sparquote. Soweit die Investitionen einer Finanzierung bedürfen, könne und würde diese mittels bankgeschäftlicher Kreditschöpfung zu bewerkstelligen sein. In den Phasen des drohenden Konjunktureinbruchs, wenn die private Investitionsneigung nachgelassen habe, sei es Sache des Staates, mit solcher Kreditschöpfung einzugreifen. Und wenn man ganz genau hinschaut, wird die Kreditschöpfung in diesen Vorstellungen nach und nach einfach mit Wertschöpfung identifiziert . . . » (Seite 10)

»Gesell respektiert . . . die Eigentumsrechte; aber er verlangt um der Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlichen Zirkulation willen die Entscheidung zwischen *Verbrauchen* einerseits oder *Sparen-Investieren* andererseits. Daraus ergibt sich die Forderung, dem Geld einen stets wirksamen Umlaufsimpuls einzubauen.

»Keynes dagegen scheute diese Konsequenz. Deshalb hat er den für meine Begriffe bedenklicheren Ausweg vorgezogen, dem »Hang zur Liquidität« seinen Spielraum zu belassen, und den *konjunkturellen* Schwierigkeiten mit der Einschleusung von »Ersatz-Nachfrage« (Kreditschöpfung, deficit spending) zu begegnen.

»Lassen Sie mich hierzu einmal offen sagen, was ich denke: ich denke, Keynes konnte ja auch gar nicht noch einen anderen Umlaufsimpuls als den Gesell'schen erfinden, er mußte um der Distanz willen irgend etwas anderes bieten. Auf das Distanzhalten von dem Außenseiter kam es nämlich an. Mir hat Keynes, wie ich schon sagte, 1936 geschrieben, er halte es nicht für gut, »die Ähnlichkeit zwischen seiner Theorie und derjenigen von Gesell zu weit in den Vordergrund zu bringen.«

»Sehen Sie, so ist es der entscheidende Unterschied zwischen der Gesell'schen und der Keynes'schen Konzeption geworden, daß der eine die Wirtschaft mit konstantem Geldumlauf aufrechterhalten will und der andere mit *permanenter Geldschöpfung* zur jeweiligen Überwindung der Stockungen. (Walker Seite 12)

»Gewiß, Keynes hat recht gehabt: seine Theorie hat die Welt revolutio-

niert! — das aber könnte ja auch *Marx* von der seinigen sagen; mit größerem Recht sogar. Entscheidend ist jedoch nicht die Wirkung an sich — entscheidend ist, ob es sich um einen echten, dauerhaften Fortschritt handelt, und das ist ganz entschieden nicht der Fall . . .

»Aber die Tatsache ist nun eben, daß die Praktizierung der *Keynes'schen* Theorie vornehmlich in den angelsächsischen Ländern — am ausgiebigsten in den Vereinigten Staaten — den gegenwärtigen Trend zur fortschreitenden *Weltinflation* bewirkt hat.« (*Walker* Seite 12)

Denn die von *Keynes* inaugurierte *Billiggeldpolitik* der staatlichen Zentralnotenbank und die noch weitergehende *staatliche Investitionspolitik* (deficit spending) zwecks Überwindung der Liquiditätspräferenz der Sparer (*Horter*) und Wiederankurbelung der Konjunktur kann nur um den Preis der Geldmengenvermehrung, also der *Inflation* gelingen. Eine »Vollbeschäftigungspolitik« mittels »Schöpfung« zusätzlicher Geldmengen aus dem »Nichts« und Geldwertstabilität schließen sich aber nun einmal gegenseitig aus.

Und schlimmer noch: eine derartige »Vollbeschäftigungspolitik« zerstört die Rechtsgrundlage — und damit die Grundbedingung — der freiheitlichen Marktwirtschaftsordnung. Deshalb ist es so fatal, daß *Keynes* dem Staat, staatlichen Instanzen und *Politikern* die Zuständigkeit — und damit die Macht über die Währungspolitik überantwortet hat.

Die Folgen der Politisierung der Währungspolitik

Zweitens. Ist erst einmal die »*Politisierung*« der Währungs- und Geldpolitik auf diese Weise erfolgt, so ergibt sich daraus eine ganze Reihe weiterer Gefahren. Es entsteht eine Art *ungleichen Konkurrenzkampfes zwischen den zinsempfindlichen freien Wirtschaftsunternehmen und den zinsunempfindlichen Staatsunternehmen und »Öffentlichen Händen«*, deren »Bedarf« ja von keinerlei Rentabilitätsbewägungen gezügelt wird.

Allein dadurch schon wird das Grundprinzip der freien Marktwirtschaft, der *vollständige, freie Wettbewerb, ausgeschaltet*. Die Politiker entscheiden nun, wohin die zusätzlich »geschöpften« »Kredite« fließen sollen. Da ein Teil der Privatunternehmen infolge der relativ hohen Zinsen diese nicht mehr erarbeiten kann (weil die Rentabilitätsgrenze = »Grenzleistungsfähigkeit« des Kapitals erreicht ist) und da die »Öffentlichen Hände« einen Teil der Kreditmittel überhaupt nicht in Realkapitalanlagen investieren, sondern für ihren laufenden »Bedarf« verwenden, wird einerseits die Konsumgüterproduktion vernachlässigt, während gleichzeitig die Nachfrage nach Gütern steigt und dadurch Preiserhöhungen auslöst. Dies wiederum ruft

die Gewerkschaften auf den Plan, die Lohnerhöhungen (zu Recht!) fordern, aber damit zugleich auch die *Preis-Lohn-Spirale* in Gang setzen.

Nur eine Branche leidet trotz dieser Entwicklung keine Not: die Rüstungsindustrie, der Kernreaktorbau und die Raumfahrtbranche. Hier spielen Geldmittel und Zinsen offensichtlich keine Rolle, weil es ihrer Lobby augenscheinlich keine Mühe macht, die Politiker von der »Notwendigkeit« der Bereitstellung immer größerer Mittel für ihre Zwecke zu »überzeugen«. Denn nichts ist unseren Politikern ja zu teuer für unsere »Sicherheit«. Fragt sich mittlerweile nur immer dringlicher: »Sicherheit« wovor eigentlich?

Das Ergebnis ist bekannt: satte Zinsen einerseits, Arbeitslosigkeit andererseits, und von Geldwertstabilität kann ohnehin schon von Anfang dieser »Vollbeschäftigungspolitik« an keine Rede mehr sein.

Vor allem aber wird dadurch auch das wichtigste Ziel der mit Vollbeschäftigung verbundenen arbeitsteiligen freien Marktwirtschaft nicht erreicht: die Verwirklichung des Rechts jedes Menschen auf die »freie Entfaltung der Persönlichkeit«, das die Voraussetzung der »Gegenseitigkeit« (Proudhon) und damit der Vertragsfreiheit und einer echten Partnerschaft in der Wirtschaft ist.

Das aber heißt: alle Hoffnungen, die man einst auf Keynes' »Allgemeine Theorie« gesetzt hatte, haben sich nicht erfüllt. Nur die Diagnose der Ursachen der Arbeitslosigkeit hat sich als zutreffend erwiesen, die Therapie-Vorschläge hingegen nicht, weder die »Vollbeschäftigungspolitik« mit Hilfe neu geschaffener, zusätzlicher (»exogener«) Geldmengen, noch die staatliche Investitionslenkung, so hilfreich sie auch zur Wiederankurbelung der Konjunktur 1933/34 gewesen sein mögen.

Wenn »Wirtschaft« Werteschaffen heißt und »Wirtschaften« im Austausch von Leistungen, das heißt von »Werten« besteht, dann muß auch das Tauschmittel, das Geld, wenn es in seinem Wert auf Dauer stabil bleiben soll, in ganz genau der Menge der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden, die der wirtschaftlichen Produktion entspricht. Dieses Grundprinzip hat der Keynes'sche Therapie-Vorschlag nicht ausreichend beachtet.

Und dieser Mangel der Keynes'schen Vollbeschäftigungspolitik wirkt sich insofern doppelt verheerend aus, als er auch in den der Bretton Woods-Konferenz als amtliches Dokument der britischen Regierung vorgelegten Keynes-Plan Eingang gefunden hat. Keynes hatte bereits in seinen während des Krieges erarbeiteten »Proposals for an International Clearing-Union« die Errichtung einer Weltzentralbank vorgeschlagen, die ein für alle dieser Bank angeschlossenen Länder-Banken verbindliches Giralgeld, den »bancor«, schaffen und herausgeben sollte. Dazu sollte ein Investitions-

oder Strukturfonds gegründet werden, aus dem der Kapitalbedarf der Bankmitglieder gedeckt werden sollte. Schließlich war ein *Anpassungsmechanismus* vorgesehen, der die Schuldner wie die Gläubiger der Weltzentralbank zur Disziplin anhalten sollte: nicht nur Bancor-Schuldner sollten der Bank Kredit- und Strafzinsen zahlen, sondern auch Bancor-Gläubiger für ihre aus Überschüssen entstandenen Bancor-Guthaben. Außerdem sollte, um der Weltzentralbank wirklich eine *autonome* Geldmenge- bzw. Kredit-Politik zu ermöglichen, dieses neue »Weltgeld« *keinesfalls an einen Gold-Standard und an keine einzelne nationale Zentralnotenbank gebunden werden*.

Dies etwa war, in kurzen Worten, der *Keynes'sche Plan*. Die USA jedoch verwarfen ihn. *Nicht der Keynes'sche »Bancor« sollte die Basis des neuen Weltgeldes werden, sondern der US-Dollar, der seinerseits wieder an das Gold gebunden war: eine Unze Gold (28,36 Gramm) gleich 35 Dollar. An Stelle des Keynes-Plans wurde der Plan des Chefdelegierten der USA, Harry Dexter White, verwirklicht. Aus der Weltzentralbank wurde der Internationale Währungsfonds (IWF), der kein eigenes Geld herausgibt, sondern der seine Mittel aus den Einlagen der Zentralbanken seiner Mitgliederländer bezieht. Aus dem Struktur- und Investitionsfonds wurde die Weltbank, die ihre Darlehen aus eigenen Anleihen bestreiten muß. Aus dem Keynes'schen Bancor wurden die Sonderziehungsrechte (SZR), ein vom internationalen Währungsfonds nach den Quoten seiner Mitglieder geteiltes Weltreservegeld.*

Dadurch wurde aber gerade *die* Entwicklung begünstigt, die Keynes durch die Einführung der Strafzinsen für undisziplinierte Bancor-Schuldner und -Gläubiger verhindern wollte, nämlich die Abhängigkeit des Weltwährungssystems von der von ihm befürchteten Sprunghaftigkeit der amerikanischen Wirtschaftspolitik und der dadurch ermöglichten uferlosen Geldmengenvermehrung in der ganzen Welt mit den entsprechenden Folgen der Weltinflation und Weltverschuldung.

Fazit

Wenn wir unter den heutigen Umständen »Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle« (Keynes) und Geldwertstabilität in einer freien Marktwirtschaft wollen, dann muß da angesetzt werden, wo sich die Wege von *Gesell* und Keynes getrennt haben: bei der Überwindung der Liquiditätspräferenz der Sparer bei »uninteressanter« Verzinsung. Während Keynes zur Erlangung der Vollbeschäftigung zusätzliche Geldmengen und staatliche Eingriffe in die Wirtschaft vorschlug, plädierte *Gesell* für eine Umlaufsicherung des Geldes, um die Sparer (Geldhorter) zu veranlassen, von sich aus

die zur Herbeiführung der Vollbeschäftigung erforderliche *wirksame Nachfrage* zu halten. Im übrigen muß die Regulierung der Gesamtgeldmenge eines Landes im Gleichschritt mit der Wirtschaftsentwicklung erfolgen, um die Geldwertstabilität auf Dauer zu sichern (daher »Währung«), wobei der Lebenshaltungskosten-Index als Richtlinie dienen kann (*Indexwährung*). *Schließlich ist der inländische Wirtschaftsraum durch flexible Wechselkurse und Verzicht der Notenbank auf Devisenankäufe* gegen unerwünschte Einflüsse von außen zu schützen. Nur dann kann die Zentralnotenbank eine auf *Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung und Außenwirtschaftliches Gleichgewicht* gerichtete Währungspolitik mit Erfolg treiben.

Quellennachweis

- Otto Barbarino: »Geldwert, Konjunktur und Öffentlicher Haushalt«, dtv Wissenschaft, München 1981.
- J. N. Eberhard: »Die Keynesianische Revolution«, Fragen der Freiheit, Hefte 59 und 60/61, 1967.
- Walter Eucken: »Grundsätze der Wirtschaftspolitik«, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1952.
- Irving Fisher: »Feste Währung – Illusion und Wirklichkeit« Heidelberg 1948, Freiheit Verlag.
- Carl Föhl: »Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf«, Duncker & Humblot, Berlin 1955.
- Milton Friedman: »Die optimale Geldmenge«, Verlag moderne Industrie, München 1970.
- Silvio Gesell: »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld«, Rehbrücke-Berlin 1920.
- L. Albert Hahn: »Ein Traktat über Währungsreform«, Tübingen 1964.
- Wilhelm Hankel: »John Maynard Keynes«, Piper München 1986.
- J. Maynard Keynes: »The General Theory of Employment, Interest and Money«, Macmillan London 1964, und deutsch »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Duncker & Humblot, 1936 »Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages«, München 1960. »Vom Gelde«, München 1962.
- Alfred Kruse: »Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien« Duncker & Humblot, Berlin 1959.
- Otto Lautenbach: »Keynes und die Folgen« in »Wirtschaft und Gesellschaft« Nr. 6, September 1949.
- Fritz W. Meyer: »Glanz und Elend der Vollbeschäftigungspolitik« (s. bei Tuchtfeld)
- Werner Onken: »Die Ökonomie am Vorabend ihrer zweiten Revolution«, Fragen der Freiheit, Heft 170, 1984.
- H. C. Recktenwald: »Geschichte der Politischen Ökonomie«, Kröner Band 427, Stuttgart 1971, mit Beiträgen von R. F. Herrod, P. A. Samuelson und J. A. Schumpeter.
- Elimar Rosenbohm: »Die Vollendung der Marktwirtschaft« Zeitschrift für Sozialökonomie Nr. 71 Dezember 1986.

- Martin Scheytt: »Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditwährung«, Duncker & Humblot, Bln 1962.
- G. Schmölders: »Geschichte der Volkswirtschaftslehre«, Gabler, Wiesbaden 1961.
- J. Starbatty: »Die englischen Klassiker der Nationalökonomie« Wissenschaftl. Buchgesellschaft, Darmstadt 1985.
- Egon Tuchtfeld: »Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung« in Stützel/Watrin/Willgerodt: »Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft«, Fischer Stuttgart 1981.
- Karl Walker: »Neue Europäische Währungsordnung«, Lauf 1962, »Das Weltwährungssystem«, Gauke, Hann. Münden 1979, »Das Buchgeld«, Vita-Verlag Ziegelhausen 1951 (s. auch F. W. Meyer).
- Harald Winkel: »Die Volkswirtschaftslehre der neueren Zeit« Heidelberg 1948, Freiheit Verlag.

Zeittafel

- 1883 5. Juni 1883 John Maynard Keynes in Cambridge geboren. Vater: John Neville Keynes, Mutter: Florence Ada Keynes geb. Brown.
- 1897 Eintritt in das Eton College.
- 1902 Zum King's College, Cambridge
- 1905 Abschlußexamen in Mathematik, Studium der Politischen Ökonomie bei Alfred Marshall und Arthur Cecil Pigou.
- 1906 Eintritt ins India Office.
- 1908 Lecturer in Economics, Cambridge.
- 1909 Fellow des King's College, Cambridge.
- 1911 Herausgeber des »Economic Journal« und Sekretär der »Econometrical Society« (bis 1945)
- 1913 »Indian Currency and Finance«, Macmillan, London.
- 1915 Dienst im britischen Schatzamt.
- 1919 Chefdelegierter des Schatzamtes bei der Versailler Friedenskonferenz. Am 5. Juni 1919 Demissionierung
- 1920 »The Economic Consequences of the Peace«, Macmillan
- 1921 »A Treatise on Probability«, dtsh: »Über Wahrscheinlichkeit«, Leipzig 1926.
- 1922- »A Revision of the Treaty«, dtsh: »Revision des Friedensvertrages«, München 1922.
- 1923 »A Tract on Monetary Reform«, Macmillan, dtsh: »Ein Traktat über Währungsreform«, München 1924.
- 1921 Präsident der National Mutual Life Assurance Society
- 1924 Chefmanager des Independent Investment Trust, London.
- 1925 Heirat mit Lydia Lopokova. Reisen in die UdSSR.
- 1926 »The End of Laissez-faire«, London
- 1930 »A Treatise on Money«, Macmillan, dtsh: »Vom Gelde«, München 1932.
- 1935 »The General Theory of Employment, Interest and Money«, Macmillan, Toronto 1936, dtsh: »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« München 1936.
- 1938 Ausscheiden aus dem Geschäftsleben
- 1940 »How to Pay for the War«, Macmillan 1940:
- 1941 »Proposals for an International Clearing Union«. Britischer Chefunterhändler auf der Bretton Woods-Konferenz
- 1946 21. April Keynes' Tod nach dem 2. Herzinfarkt.

Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit II

- aufgezeigt an fünf Kardinalproblemen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens*

Heinz-Peter Neumann

Strukturfehler unserer Demokratie – Parteienmonopol

Wir leben in einer Demokratie (Art. 20 Abs. 1 GG). Demokratie heißt Volksherrschaft. Das Volk ist also der Souverän, der Inhaber der Staatsgewalt.

Das ist im Grundgesetz so formuliert: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« (Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG). Darin kommt zum Ausdruck, daß alle Staatsgewalt, von welchem Staatsorgan auch immer ausgeübt, auf den Volkswillen gegründet sein muß. Das Grundgesetz legt hierzu fest (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG):

»Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt«.

Wahlen und Abstimmungen sind unmittelbarer Ausdruck des Volkswillens, durch die besonderen Staatsorgane wird er mittelbar – abgeleitet – ausgedrückt. Wenn der Volkswille nur mittelbar zum Ausdruck kommt, handelt es sich um eine repräsentative Demokratie. Die große Gefahr dieser Staatsform ist es, daß die Repräsentanten sich vom Volkswillen lösen, selbstherrlich werden und unzureichend kontrolliert sind.

Von entscheidender Wichtigkeit ist es deshalb, daß der Volkswille in den Wahlen und Abstimmungen wirksam und unverfälscht zum Ausdruck kommt.

Das ist jedoch leider nicht der Fall. Hierin liegt die fundamentale Strukturschwäche unserer Demokratie. Das macht unsere politische Ordnung labil und birgt die Gefahr, daß das Wort Demokratie im Volke nicht mehr ernst genommen wird. Dann wird nach neuen Formen der Verwirklichung des Willens des Souveräns gesucht. Dies leider jedoch oft in Gedankenbahnen, die im Ergebnis zu noch mehr Abbau der freiheitlichen Ordnung und damit der Grund- und Menschenrechte führen. Vorschläge zu einer Verbesserung müssen somit sorgfältig bis zu Ende gedacht sein. Sie müssen zu einer Stärkung, und nicht zu einer weiteren Schwächung der Freiheit und der sozialen Sicherheit unseres Zusammenlebens und ihres Fundamentes, der Grund- und Menschenrechte, führen.

* Fortsetzung des zusammenfassenden Berichtes der Ergebnisse der »Dreigliederungs-Initiative«, Stuttgart, im Seminar für freiheitliche Ordnung, Trithemius-Institut Boll, aus Folge 184 »Fragen der Freiheit«

Unsere Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen sind keine echten Wahlen, sondern nur Abstimmungen über die von den Parteien ausgewählten und auf Listen angebotenen Kandidaten.

Nach Art. 21 GG wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung mit. In der Realität jedoch bestimmen sie die Bildung des politischen Willens. Sie haben das Monopol der Kanalisierung des Volkswillens. Die Auswüchse des Parteienmonopols beschäftigen die Öffentlichkeit fortwährend. Wer unsere Zeitungen einmal daraufhin analysiert, wird feststellen, daß diese Materie der Schwerpunkt der innenpolitischen Berichterstattung ist. Denken wir nur an das vergangene Jahr mit der Flick-Affäre und dem Berliner Filz. Rudolf Wassermann nennt diesen Zustand Zuschauerdemokratie. Sein 1986 erschienenes Buch mit diesem Titel ist ein wichtiger Beitrag zur Weckung des Problembewußtseins. Gegenwärtig wird leider noch fast nur an den Symptomen kritisiert. Konstruktive Vorschläge zur Überwindung des Parteienmonopols oder zumindest seiner Schwächung sind noch kaum vorhanden.

Um die Bürger von Zuschauern zu Wahlbürgern zu machen, die wirklichen Einfluß auf die Wahl von Bewerbern haben, die von der Parteimaschine unabhängig sind, bedarf es einer Reform des Wahlrechts, die sicherstellt, daß der Bürgerwille an der Basis, d. h. im überschaubaren Bereich der Nachbarschaft unmittelbar zum Ausdruck kommt.

Die Erneuerung der demokratischen Willensbildung von unten her wird sichergestellt durch folgende Verbesserung unseres Wahlrechts:

Die Wohnbezirke müßten in politische Nachbarschaften aufgeteilt werden, die etwa 500 stimmberechtigte Bürger umfassen. Dies würde unser Gemeinwesen von Grund auf erneuern. Hier einige der Wirkungen:

Die Auswahl der Kandidaten für die Vertretungsgremien könnte in direkter Wahl geschehen.

Die Nachbarschaften würden sich anbieten für die Stellungnahme zu den Projekten der Städteplanung.

Hier wären die Stätten zum Üben in Demokratie, in demokratischem Verhalten wie Toleranz und Zuhören. Die Anonymität der Großstadt würde aufgebrochen werden. Durch das gemeinsame Behandeln der Probleme im überschaubaren örtlichen Bereich würden sich die Nachbarn kennenlernen, was ja die Voraussetzung für eine Kandidatenauswahl ist, die auf persönlichem Vertrauen beruht. Natürlich würden längst nicht alle Bürger sich aktiv beteiligen. Aber diejenigen, die es wollen, hätten hier die Einrichtung dafür. Sie wären nicht mehr auf die Medien- und Leserbriefdemokratie beschränkt. Demokratische Tugenden können nur entwickelt werden durch Übung. Eine solche Übungsstätte fehlt heute völlig.

Es wäre jederzeit schnell und ohne großen Aufwand möglich, die Meinung der Bürger zu bestimmten politisch strittigen Punkten zu erfahren, z. B. zur Nutzung der Kernenergie oder all den anderen Fragen, in denen es in einer Demokratie wichtig ist zu wissen, wie die Bürger darüber wirklich denken. Dies könnte in den Nachbarschaften jederzeit schnell und ohne Aufwand festgestellt und dann gesammelt werden.

Mit dieser Form der politischen Willensbildung würden die politischen Parteien in die Rolle zurückgeführt werden, die ihnen von der Verfassung und von der Sache her zukommt. Die Politiker selbst sollten hieran ein ureigenes Interesse haben. Der politische Kampf degeneriert gegenwärtig vor unser aller Augen in die gegenseitige Verfolgung mit Strafanzeigen und allen damit einhergehenden Versuchen, den Ruf des politischen Gegners zu schädigen. Nur die wenigsten Politiker haben die dafür erforderliche dicke Haut. Und Dickhäutigkeit ist wiederum keine Gewähr für Kompetenz in Sachfragen. Wenn es so weitergeht, ist abzusehen, daß Menschen, die auf sich halten, für dieses »schmutzige Geschäft« immer schwerer zu finden sind.

Eine politische Reformation ist also vonnöten. Die Kommunalreform des Freiherrn vom Stein war die politische Reformation von unten her im neunzehnten Jahrhundert. Die Bildung politischer Nachbarschaften im überschaubaren Bereich ist die politische Reformation des zwanzigsten Jahrhunderts.

Wahlen und Abstimmungen

Nach Art. 20 Abs. 2 GG wird die Staatsgewalt vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe ausgeübt. Volksabstimmungen sind ein Stück direkter Demokratie. Die Instrumente hierfür sind das Volksbegehren und der Volksentscheid. Sie finden sich in den meisten Länderverfassungen. Das Grundgesetz spricht hiervon nur für den Fall der Neuregelung des Bundesgebiets (Art. 29 und 118). Die herrschende Verfassungslehre leitet hieraus ab, daß Volksabstimmungen auf Bundesebene in anderen Fällen nicht zulässig sind. Diese Auslegung ist nicht haltbar. Sie trägt ohne Not dazu bei, daß der Wille des Volkes durch die Parteien mediatisiert ist. Die Zulässigkeit von Volksabstimmungen ist in einer Verfassungsvorschrift von besonders hohem Rang statuiert. Denn nach Art. 79 Abs. 3 ist eine Änderung des Grundgesetzes, durch welche die in Art. 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, unzulässig. Es ist verfehlt zu meinen, das mit einer besonderen Bestandskraft versehene Abstimmungsrecht sei durch zwei Vorschriften des Grundgesetzes, die jederzeit änderbar sind, in seiner Geltung eingeschränkt. Die Achberger Bürgerinitiative für

Eltern, liegen. Die Folgen dieses Relikts aus unfreiheitlichen Zeiten sind im Abschnitt über das Schulwesen näher aufgezeigt.

Kompetenzverlagerung

Eine schwerwiegende ordnungspolitische Fehlentscheidung ist immer dann getroffen, wenn bedeutende Probleme aus der nationalen Hand durch Verträge in die Entscheidung mehrerer Staaten gelegt sind. Es handelt sich da oft um Fragen, die schon auf nationaler Ebene wegen der Interesseneinflüsse nur mit großer Anstrengung lösbar sind. Durch die Verlagerung auf ein vielstimmiges übernationales Gremium werden sie oft vollends unlösbar.

So ist es mit der Europäischen Gemeinschaft. Sie ist gutgemeint und hat z. B. in Hinblick auf mehr Freizügigkeit auch schon manchen begrüßenswerten Fortschritt gebracht. Andererseits sind wichtige Wirtschaftsfragen in einer Weise auf den Weg der Bürokratie gebracht worden, die bei nationaler Regelung vor dem Grundgesetz schwerlich Bestand hätte. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß es nicht zulässig ist, durch Weggabe der nationalen Souveränität den Katalog der Grundrechte zu unterlaufen.

Vielmehr ist auch das Recht der EG auf seine Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz zu prüfen. Das abstruseste Beispiel dieser bedenklichen Fehlentwicklung ist der Europäische Agrarmarkt. Man spricht hier von einer Marktordnung. Das ist der reine Hohn. Denn mit einer Ordnung des Marktes hat die Reglementierung durch tausende von Gesetzen und Verordnungen nichts zu tun. Das Wort Ordnung verdient ein Markt nur dann, wenn auf der Grundlage eines sozialen Bodenrechts und Geldwesens ein monopolfreier Wettbewerb stattfindet. Durch das Ausschalten der Marktkräfte werden die Steuerbürger zunächst einmal gezwungen, Milliarden über Milliarden herzureichen für sinnlose Überproduktion, die überdies die Böden auslaugt und die Umwelt in vielfältiger Weise belastet. Und dann muß der Steuerzahler noch einmal heran, um die teure Lagerung und schließlich die Vernichtung der Agrarberge zu subventionieren.

Zusammenfassung

Eine gesellschaftliche Ordnung, in der Frieden nach innen und nach außen herrschen soll, ist nur dann gewährleistet, wenn die Menschen sich nicht ausgebeutet und in ihrem Denken und ihrer Tätigkeit eingeschränkt fühlen. Eine derartige Ordnung wird vom Grundgesetz gefordert. Die Verfassungswirklichkeit stimmt in allen drei Bereichen des sozialen Lebens noch nicht mit dem Verfassungsrecht überein. Ständige Aufgabe ist es, sie näher an die Verfassungsforderung heranzuführen.

Oberster Wert ist die Würde des Menschen. Der Staat ist nicht Selbstzweck. Er hat dienende Funktionen (Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG). Die Freiheit des einzelnen Menschen ist das konstituierende Prinzip unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Freiheit im sozialen Bereich ist dort eingeschränkt, wo Machtpositionen für einzelne oder Gruppen (Monopole) oder Privilegien (Vorrechte) herrschen. Monopole und Privilegien bilden das entscheidende gesellschaftliche Problem. Es läßt sich nicht lösen durch Kontrolle derartiger Machtpositionen und Vorrechte. Denn es bleibt dann das ungelöste Problem, wer die Kontrolleure kontrolliert. Das Machtproblem ist wirksam nur zu lösen durch Auflösung und Verteilung der Macht. Autonomie, Dezentralisierung, Überschaubarkeit und Wettbewerb bilden hierfür die Grundlage. Der Wettbewerb ist die einzig wirksame Waffe gegen das Monopol. Freiheit im gesellschaftlichen Leben heißt schlechthin nichts anderes als das Nichtvorhandensein von Monopolen. Gesellschaftliche Daueraufgabe ist es deshalb, Gruppenmacht aufzuspüren und aufzulösen. Das wird nie ganz erreicht werden. Aber alle Bemühungen um bessere Zustände müssen hierauf gerichtet sein.

Das Grundgesetz enthält in seinem Katalog der Menschenrechte und Bürgerrechte ein Programm der Freiheit.

Auf allen drei Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens entspricht die Wirklichkeit nicht der Verfassungsforderung.

Die Freiheit ist im Gemeinschaftsleben dann verwirklicht, wenn der friedliche Wettbewerb nicht durch Monopole oder Privilegien verfälscht ist. Diese Machtzusammenballungen sind die Ursache vielfältiger Übel.

Im Wirtschaftsleben haben wir das Bodenmonopol und das die ausbeuterische Zinswirtschaft bedingende Geldmonopol, das in der Überlegenheit des Geldes gegenüber Ware und Arbeit seinen Grund hat.

Ohne die Lösung dieser beiden wirtschaftlichen Grundfragen sind all die Sekundärfragen, die die Folgen dieser ungelösten Grundprobleme sind, auch nicht zu bewältigen.

Die Entwürfe für ein freiheitliches Geld- und Bodenrecht liegen längst vor. Die geistige Arbeit ist also geleistet. Was nun folgen muß, ist die politische Tat. Dabei gilt es in den Besitzstand derer einzugreifen, die von den ausbeuterischen Zuständen profitieren. Die Aussichten auf wirkliche Fortschritte erscheinen gering. Aber nicht die Widerstände der Privilegierten sind der eigentliche Hemmschuh, sondern die Trägheit der Ausgebeuteten in Denken und Handeln.

In den einzelnen Unternehmen muß an die Stelle der Über- und Unterordnung die Gleichordnung treten. Das Arbeitsverhältnis muß abgelöst werden durch das Partnerschaftsverhältnis. Der Gesetzgeber muß die Voraussetzungen hierfür schaffen.

Im Schulwesen müssen die Grundrechte der Kinder, der Eltern und der Lehrer verwirklicht werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn den Schulen die Selbstbestimmung gegeben wird und sie von der Bürde des Berechtigungswesens befreit werden.

Im Hochschulwesen müssen Vielfalt und Wettbewerb dafür sorgen, daß die Autonomie der Hochschulen nicht, wie gegenwärtig, ein Instrument der Sicherung von Privilegien und Pfründen ist.

Im politischen Leben ist das unbewältigte Problem das der Verfassungsforderung (Art. 21) widersprechende Parteienmonopol. Hier gilt es, durch Bildung von politischen Nachbarschaften den Bürgern selbst das Recht der Kandidatenauswahl zu geben und durch ein Bundesabstimmungsgesetz dafür zu sorgen, daß die vom Grundgesetz (Art. 20. Abs. 2) geforderte direkte Willensäußerung der Bürger in wichtigen politischen Fragen endlich eröffnet wird.

Das Geld- und das Bodenmonopol im Wirtschaftsleben, das staatliche Schulmonopol und das Hochschulprivileg im Bildungswesen sowie das Parteienmonopol im politischen Leben sind die Aufgaben, die es zu Ende des 20. Jahrhunderts zu bewältigen gilt. Der erste Schritt auf diesem Wege ist die Verbreitung des Problembewußtseins und das Aufzeigen der Wege, die beschritten werden müssen. Hierzu soll dieser Aufsatz ein Beitrag sein.

Weiterführende und vertiefende Literatur

I. Fragen der Freiheit: Schwerpunktheft und Einzelaufsätze

1. Grundgesetz

Paul Heinrich Diehl: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Heft 52/53

Erwin Stein: 20 Jahre Grundgesetz, Heft 76

Gerhard Leibholz: 25 Jahre Grundgesetz (Schwerpunktheft), Heft 113

2. Wirtschaftsordnung

Ota Sik: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Heft 87/88

Eckhard Behrens: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Heft 87/88

Dieter Suhr: Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft, Heft 165

3. Bodenrecht

Eckhard Behrens: Lösung der Bodenfrage im Sinne des Privateigentums und der Sozialen Marktwirtschaft, Heft 38

Herbert K. R. Müller: Das Bodenproblem einst und jetzt, Heft 51/55

–, Bodenmonopol und Demokratie, Heft 64/65

–, Gesellschaft-Raumordnung – Städtebau – Grund und Boden, Heft 73/74

Jobst von Heynitz: Marktwirtschaft und Bodenordnung, Heft 76

–, Fragen zum Bodenrecht, Heft 92/93

- Robert Matthias*: Gangbare Wege zu einem sozialeren Bodenrecht, Heft 90
 —, Wem gehört der Boden? (Schwerpunktheft), Heft 169
 —, Die Umweltkatastrophe. Mensch und Erde (Schwerpunktheft), Heft 180

4. Geld und Zins

- Hermann Tietze*: Die gotische Münzordnung 1150–1450, Heft 62/63
Dietrich Römheld: Das Zinsproblem, Heft 68
Franz Becker: Das Zinsproblem, Heft 71
Irving Fisher: Die Brakteaten, Heft 89
Ernst Winkler: Die Bedeutung des Zinsfußes für das wirtschaftliche Gleichgewicht, Heft 101
 —, Inflation und Freiheit (Schwerpunktheft), Heft 114
 —, Geldordnung und Grundgesetz (Schwerpunktheft), Heft 161
Dieter Suhr: Das Rezept von Wörgl für die Krise von heute? Heft 162
Hans Cohn: Für eine gesunde Geldordnung, Heft 162
Elmar Rosenbohm: Das heutige Währungssystem als Ursache der Arbeitslosigkeit, Heft 166
 —, Der Zins, den wir bezahlen (Schwerpunktheft), Heft 167

5. Mitbestimmung und Partnerschaft im Unternehmen

- Irene Lauer*: Über Partnerschaft in der Wirtschaft, Heft 25
Eckhard Behrens: Partnerschaft — Gedanken zur Neuordnung des Arbeitsverhältnisses, Heft 28
 —, Mitbestimmung und Marktwirtschaft, Heft 86
Karl Leidl: Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Heft 89
Wolfram Triebler: Mitarbeiter-Partnerschaft, Heft 105
Elmar Pieroth: Kapital und Arbeit. Einzelbetriebliche Initiativen und gesetzliche Notwendigkeiten, Heft 109

6. Das Bildungswesen

- Friedrich Salzmann*: Schule und Staat, Heft 2
Heinz-Hartmut Vogel: Grundgesetz und Schulrecht, Heft 8
 —, Eine Schulreform von innen (Schwerpunktheft), Heft 117
 —, Bildungswesen und Ordnungspolitik (Schwerpunktheft), Heft 151/152
 —, Die Verrechtlichung der Schule (Schwerpunktheft), Heft 157
 —, Die Schule. Menschlichkeit durch pädagogische Freiheit (Schwerpunktheft), Heft 163
 —, Die Schule. Zensuren — Berichtigungen — Abschlüsse (Schwerpunktheft), Heft 177

7. Demokratie

- Reiner Junghans*: Die Zukunft der Demokratie, Heft 47/48
Fritz Penserot: Krisis der Demokratie, Heft 62/63
Erwin Stein: Krisis der Demokratie, Heft 64/65
Paul Heinrich Diehl: Wirkliche Demokratie — eine Utopie? Heft 70
Ernst Winkler: Demokratie und Autonomie, Heft 94
Heinz-Peter Neumann: Demokratie und Bürgerteilhabe, Heft 94
 —, Mehr Demokratie — oder mehr Freiheit? (Schwerpunktheft) Heft 101

Heinz-Peter Neumann: Demokratie und Freiheit. Demokratisierung – eine Universalforderung unserer Zeit? Heft 106
Gerhardus Lang: Stellungnahme zur »Aktion Volksentscheid«, Heft 168

II. Sonstiges Grundlagenschrifttum

- Reiner Bischoff: Umweltzerstörung durch Geld- und Bodenwucher. 2. Aufl. Esslingen 1985
Paul-Heinrich Diehl: Aufstieg oder Untergang? Sonderdruck »Fragen der Freiheit« 1980
Johannes Flügge – Helmut Quaritsch: Schulmündigkeit und Schulvortrag, Bad Heilbronn 1971
Jobst von Heynitz: Wettbewerb und Bodenrecht. Eine Untersuchung über den Wettbewerb als technisches Instrument für die Reform des Bodenrechts mit Prüfung am Verfassungsrecht. München 1974
Franz Hochstetter: Geld und Kredit als Störer der modernen Tauschwirtschaft. 2. Auflage, Lauf bei Nürnberg 1936
Michael Jungblut: Nicht vom Lohn allein. Elf Modelle für Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung. Hamburg 1973
Friedhelm Kaiser: Bürgerinitiation Nachbarschaft. Vorschläge für eine politische Infrastruktur in überschaubaren Bereichen. München 1984
Artur Mahraun: Politische Reformation. Gütersloh 1949
Ernst Maste: Die Republik der Nachbarn. Die Nachbarschaft und der Staatsgedanke Artur Mahrauns. Gießen 1957
Wilfried Meyer: Wollt ihr die totale Schule? Baden-Baden 1984
H. P. Steinbrenner: Arbeitspartizipation. Modell einer neuen Unternehmensverfassung zur Emanzipation der Mitarbeiter. 2. Auflage, Frankfurt 1979
Dieter Suhr: Geld ohne Mehrwert. Entladung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten. Frankfurt 1983
–, Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Berlin 1986
Fritz Schwarz: Vorwärts zur festen Kaufkraft des Geldes und zur zinsbefreiten Wirtschaft. 3. Auflage, Bern 1931
Heinz-Hartmut Vogel: Jenseits von Macht und Anarchie. Köln – Opladen 1963
Lothar Vogel: »Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus«. Sonderdruck »Fragen der Freiheit«. 1973
Ernst Winkler: »Freiheit«. Sonderdruck »Fragen der Freiheit«. 1980
Herausgeber Friedrich Salzmann: Sammelschrift: »Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft« Kassel. 1956

Wir betrauern den Tod unseres Kollegen und Freundes

Prof. Dr. Wolfgang Stützel

* 23. 1. 1925 † 1. 3. 1987

Mit seinem ordnungspolitischen Engagement hat er die Arbeiten
unseres Kreises entscheidend geprägt.

Sein Einsatz für eine freiheitliche Wirtschafts-
und Gesellschaftsordnung wird weiter wirken.

Kronberger Kreis

Wissenschaftlicher Beirat des Frankfurter Instituts
für wirtschaftspolitische Forschung e. V.

Wolfram Engels, Armin Gutowski, Walter Hamm,
Wernhard Möschel, Carl Christian von Weizsäcker,
Hans Willgerodt

6380 Bad Homburg v. d. H., den 3. März 1987

Wir gedenken des Erdenabschiedes von

Prof. Dr. Wolfgang Stützel

* 23. 1. 1925 † 1. 3. 1987

mit dem wir uns durch seine uns nahestehende wissenschaftlich-freiheitliche Gesinnung sowie seiner hilfreichen und freundschaftlichen Teilnahme an unserem großen währungspolitischen Symposium im Sommer 1981 in Herrsching/Ammersee sehr verbunden fühlen.

Die positive, auf den Kern des Geldproblems eingehende Darstellung der auf *Silvio Gesell* zurückgehenden Krisentheorie und die in dem *Evangelischen Soziallexikon* (7. erw. Auflage 1980, Kreuz-Verlag Stuttgart-Berlin) von Wolfgang Stützel abgefaßte Würdigung der Silvio Gesell'schen Gedanken zur Geldtheorie veranlaßt uns, nachstehenden Auszug aus dem Evangelischen Soziallexikon nachzudrucken.

Für das Seminar für freiheitliche Ordnung:

Dr. Heinz-Hartmut Vogel

Dr. Lothar Vogel

Wolfgang Stützel
Silvio Gesell (1862–1930)*

weitgereister Kaufmann und Landwirt; bis 1892 in Deutschland, später in Argentinien (Einfluß auf die dortige Währungsreform 1898) und der Schweiz tätig; 1919 Finanzminister der ersten Münchener Räterepublik; Begründer der sozialreformerischen Freiwirtschaftslehre (»Freiland-Freigeld«, »Natürliche Wirtschaftsordnung«).

1. Gesell vertrat die Meinung, es bedürfe lediglich der Einführung eines Zahlungsmittels, das – dank »negativer Verzinsung«, »Schwundgeld« – von den Zahlungsmittelbesitzern nicht gehortet wird, damit Krisen der industriellen Produktion vermieden würden und aus der anhaltenden hohen Produktion Kapital in so großem Umfange produziert würde, daß seine Nutzung schließlich nichts mehr koste. Der Preis für die Nutzung von Kapital ist der Zins. Dieser würde also verschwinden und mit ihm alle privaten Besitzeinkommen, sofern man nur außerdem das einzig »absolut knappe« Vermögen, den *Boden*, aus Privatbesitz in *Gemeineigentum* überführe und die Gemeinschaft die aus der Verpachtung des Bodens an individuelle Pächter erzielbaren Erträge als »Mutterrente« den kinderreichen Familien zukommen lasse. Die von Gesell untersuchten *Wirtschaftskrisen* bestehen darin, daß in einer Periode die Summe der Einnahmen aller Einzelwirtschaftler niedriger ist als in der vorhergehenden Periode. Da jede Einnahme ja nur das Gegenstück der gleichzeitigen Ausgabe eines anderen Wirtschafters ist, bedeutet ein derartiger Rückgang der Gesamteinnahmen auch, daß die Gesamtausgaben in der fraglichen Periode niedriger sind als in der Vorperiode. Aufgabe jeder Konjunkturtheorie ist es, zu erklären, weshalb solche Umsatzrückgänge auftreten. Dazu machte Gesell die Beobachtung, daß die Wirtschaftler in ihrer Eigenschaft als Käufer durch ihre Geldausgaben ursächlich darüber entscheiden, wieviel an den Märkten umgesetzt wird. Diese Beobachtung trifft die Verhältnisse in mitteleuropäischen Ländern besser als die sogenannte Gleichgewichtstheorie der Preise, die beiden Marktpartnern (Käufern und Verkäufern) gleichen Einfluß auf die Umsatzhöhe zumessen will.

Gesell hatte den ursprünglichen Vorrang der Kaufentscheidungen (bei ihm: »Überlegenheit des Geldbesitzers«) daraus erklärt, daß sich der Wert aller Warenvorräte durch Verderb laufend vermindere, während die Zahlungsmittel »unnatürlicherweise« ihren Wert behalten, so daß der Geldbe-

* Beitrag von Prof. Dr. Wolfgang Stützel († 1. März 1987) zum Stichwort »Gesell, Silvio« im *Evangelischen Soziallexikon*, Herausgeber Th. Schober, M. Honecker u. Horst Dahlhaus, 1980, Kreuz-Verlag, Stuttgart-Berlin.

sitzer mit dem Kaufen eher warten kann als der Warenbesitzer mit dem Verkaufen. Das ist eine Begründung, die offenbar aus Zeiten stammt, die kaum Perioden kontinuierlich sinkenden Geldwertes und damit ja selbst schon negativer Realverzinsung von Zahlungsmittelbeständen kannte. Daher stammt seine Forderung, solche Zahlungsmittel einzuführen, die jährlich einige (z. B. 5) Prozente ihres Wertes verlieren, wobei der Zahlungsmittelbesitzer sich laufend Klebmarken kaufen und dadurch die Zahlungsmittel auf ihrem ursprünglichen Nominalwert halten kann (*Schwundgeld*).

2. Unbestritten ist, daß durch die Erhebung eines derartigen »Standgeldes« für die Haltung von Zahlungsmittelbeständen die Höhe dieser Bestände (Kassenreserven) merklich beeinflußt werden kann, stellt es doch wie der jetzige Leihzins und der Verlust aus allgemeinem Rückgang des Geldwertes durch Erhöhung der Warenpreise einen Preis dar, der laufend für Erhaltung der Liquidität bezahlt werden muß.

Der Unterschied zwischen dem Geldsystem der *Freiwirtschaftslehre* und der herrschenden Geldordnung ist jedoch geringer als es scheint. Geld, das man zu Hause aufbewahrt, bringt keinen Zins. Es liegt also auch heute im Interesse der Geldbesitzer, den Vorrat an Geld klein zu halten. Falls jemand sich mit geliehenem Geld liquide erhält, muß er ohnehin Zinsen zahlen. Der heutige Zins bewirkt, daß der Unternehmer ebenso sehr darauf bedacht ist, möglichst wenig unbeschäftigtes Geld zu halten, wie wenn er Schwundgeld besitzt. Beides verursacht Kosten, die vermieden werden können, wenn man die Kassenhaltung beschränkt. Allerdings würde das Schwundgeld wohl bewirken, daß es noch weniger Notenhorte in *Sparstrümpfen* geben würde als bisher. Die Auflösung dieser »Sparstrümpfe« brächte eine einmalige Mehrnachfrage, welche die jährliche Gesamtnachfrage z. B. der deutschen Volkswirtschaft (1976: 1 123,2 Mrd. DM) nur vorübergehend geringfügig erhöhen würde (gesamte Notenbestände bei Betrieben und Haushalten am 31. 12. 1976: 64,7 Mrd. DM). Die Auflösung solcher Sparstrümpfe würde einmalig mehr Banknoten zu den Banken zurückströmen lassen und den Banken die Chance geben, mit diesen Noten einen Teil ihrer Rediskontkredite bei der Notenbank zurückzuzahlen, so daß die Noten aus dem Verkehr kämen und sich der Notenumlauf entsprechend verringert hätte. Nach erfolgter Anpassung wären aber die Verhältnisse gleich wie bisher, es sei denn, man messe der Tatsache konjunkturelle Bedeutung bei, daß keine neuen »Sparstrümpfe« aufgefüllt und vielleicht die Löhne und Gehälter noch weniger als bisher unmittelbar nach dem »Zahltag« ausgegeben werden.

3. Giralgeldbestände bei Banken (Sichtguthaben) glaubte Gesell nicht der negativen Verzinsung unterwerfen zu müssen. Die Banken hätten nämlich nach Einführung seines »Schwundgeldes« ein vermehrtes Interesse daran,

das Bargeld, das zur Bildung von Girokonten einbezahlt wurde, alsbald wieder auszuleihen. Deshalb würde von Giralgeldhorten keine depressive Wirkung ausgehen. Freilich sind die Banken bereits unter dem jetzigen Geldsystem peinlich bestrebt, ihre zinslosen Bargeldbestände möglichst klein zu halten. Zuweilen wurde kritisch gegen Gesell eingewandt, durch die Entwertung des Bargeldes und die damit automatisch einhergehende Bevorzugung »wertbeständiger« Giro Guthaben würde das Bargeld ganz außer Gebrauch kommen. Das ist aber nicht anzunehmen, da die von Gesell vorgeschlagene Wertminderung von $\frac{5}{12}\%$ pro Monat sehr gering ist. Das Publikum wird wegen dieser Wertminderung noch nicht die technischen Unannehmlichkeiten auf sich nehmen, die mit einem Verzicht auf die Bargeldverwendung bei den kleinen Geschäften des täglichen Lebens verbunden wären. Spätere Vertreter der Gesellschen Lehre wollten auch das Giralgeld mit negativen Zinsen belasten. Das hätte sicherlich zur Folge, daß sich die Sparer aus dem Kreis der sonstigen Anlagemöglichkeiten (Sparguthaben, Direkt Darlehen, Obligationen- und Pfandbriefkauf, Aktien, direkte Sachwertanlage) wiederum die wertbeständigeren auswählen müßten. Krisen können auch damit schwerlich unterbunden werden. Denn die konjunkturellen Veränderungen der Höhe der Gesamtnachfrage einer Volkswirtschaft und damit auch die konjunkturellen Veränderungen der »Umlaufgeschwindigkeit des Geldes« hängen von zu vielen weiteren Faktoren ab, als daß sie bereits dadurch ausgeschaltet werden könnten, daß man lediglich die bisherigen Anreize, die Höhe liquider Bestände einzuschränken, durch etwas andere Anreize ersetzt.

4. Gesell identifiziert die oben erwähnte Überlegenheit des Zahlungsmittelbesitzers mit der Überlegenheit des Kapitalisten im Prozeß der »Profit-« und »Kapitalakkumulation«, ungeachtet der Tatsache, daß die großen Vermögen (Kapitalien) gar nicht in Form von Zahlungsmitteln gehalten werden. Zur Beurteilung dieser These und wegen der von manchen Anhängern der Lehre Gesells mit chiliastischem Enthusiasmus vorgetragenen Lehre von der Entzinsung (siehe den Artikel »Kapital und Zins« in diesem Lexikon.)*

Über die zahllosen Schriften Silvio Gesells gibt sein Hauptwerk: »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld« Aufschluß.

F. Haber, Untersuchungen über Irrtümer moderner Geldverbesserer, 1926.

—, Freiwirtschaft, in: HDS:W^{IV}, 1927⁴, 371—373.

W. Beckmann, Freiwirtschaftslehre, in: Handwörterbuch des Kaufmanns¹¹, K. Bort (ed.), 1927, 461—463.

J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, dt. 1936, (1952), 298—302.

K. Walker, Das Buchgeld, 1951.

E. Winkler, Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung, 1952.

»Gegen den Strom«

von Johannes Schumann

Für jeden Interessenten für soziale Fragen ist es immer sehr reizvoll, biographisch gehaltene Erfahrungsberichte und Biographisches aus dem Leben aktiver Menschen der sozialen Bewegung kennenzulernen. Durch solche Lebensberichte erhält man zu gleicher Zeit eine Einführung in die verschiedenen sozialen Erkenntnisströmungen und Ideen, wie auch ein Bild von den Willenseinsätzen, die notwendig sind, diese Ideen weiterzuentwickeln und in die Wirklichkeit überzuführen. Diese Möglichkeiten finden sich in einer kraftvollen Weise in dem Buch von Johannes Schumann »Gegen den Strom«.

Das soziale Engagement von Johannes Schumann setzt unmittelbar 1918 ein, wo der 16jährige zum ersten Mal auf die Probleme des sozialen Lebens auf dem Lande im Rahmen einer Erntehilfe mit den Bodenproblemen in Berührung kam (s. Lehrjahre). Im weiteren werden wir durch die sozialen Nöte der politischen Erfahrungen der 20er Jahre hindurchgeführt, bis Johannes Schumann – bereits als Mitglied der sozial-

demokratischen Arbeiterpartei – der Freiwirtschaft begegnet. – Wir erhalten einen lebendigen Einblick in das Streben der damaligen Jugendbewegung und in die Aktivitäten des Freiwirtschaftsbundes.

Das 2. Hauptkapitel des Buches führt uns in das politische Schicksal der Weimarer Republik und zeigt uns die Gründe ihres Scheiterns.

Der 3. Abschnitt schildert die Erlebnisse Johannes Schumanns während des Dritten Reiches. – Das letzte Kapitel vermittelt uns in überaus anschaulicher Weise die Verhältnisse nach dem 2. Weltkrieg, das Wirtschaftswunder und die tragischen Fehlentwicklungen. Durch die Verständnislosigkeit der offiziellen Wirtschaftspolitik und der offiziellen Nationalökonomie der Universitäten wurden die bestehenden Chancen einer freien Sozialentwicklung in der Überwindung des Boden- und Geldmonopols zwischen Ost und West verspielt.

Das Buch ist im Gauke-Verlag, Hann. Münden 1987 erschienen. (102 S.). L. V.

Der Beitrag von Karl Buchleitner: »Die Dreigliederung des sozialen Organismus« aus Fragen der Freiheit, Nr. 184, ist als Sonderdruck in beschränkter Anzahl auf Anforderung zur Weitergabe an Interessenten beim Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, 7325 Boll, Telefon (071 64) 25 72, erhältlich.

In Zusammenhängen denken:

Bildungszeit – Arbeitszeit – Rentenzeit

Im Leben des einzelnen Menschen *folgen* Bildungsjahre, Berufsjahre und Rentnerjahre *aufeinander*. Die Lebenschancen und die Art und Weise der individuellen Lebensbewältigung hängen nicht nur während der Jahre der Berufstätigkeit, sondern auch noch im Rentenalter von der Bildungszeit ab, die dem einzelnen am Beginn seines Lebens zur Verfügung stand. Bildung bedeutet die große Chance, ein erfülltes Leben eigenständig zu führen.

Die Produktivitätssteigerung, die wir in der modernen Wirtschaft Jahr für Jahr beobachten können, beruht auf den Fähigkeiten der arbeitenden Menschen. Deren hohes Niveau verdanken wir nicht zuletzt der Arbeitszeitpolitik früherer Generationen: sie haben *Kinderarbeitszeit in Erstausbildungszeit umgewandelt*. Nur noch wenige junge Menschen gehen als Ungelernte zu früh in den Beruf; die durchschnittliche Erstausbildungszeit hat sich zu Lasten der Lebensarbeitszeit erheblich verlängert.

Weitere Produktivitätsfortschritte sind wegen des rascheren technischen und sozialen Wandels weniger von der Verlängerung der Erstausbildungszeiten als von der *Verlängerung der Weiterbildungszeiten* während der Berufsphase zu erwarten. Deshalb sollten Verkürzungen der Wochen- und Jahresarbeitszeit so gestaltet werden, daß sie als Weiterbildungszeit genutzt werden. Nachdem der jährliche Erholungsurlaub in der Regel ausrei-

chend lang ist, sollten weitere Verkürzungen der Jahresarbeitszeit einerseits als Verlängerung der innerbetrieblichen Weiterbildungszeit während der Arbeitszeit und andererseits als Bildungsurlaub für außerbetriebliche Weiterbildung gestaltet werden. Die Verwandlung von Arbeitszeit in inner- und außerbetriebliche, berufliche und allgemeine Weiterbildungszeit ist die produktivste Form zukünftiger Arbeitszeitverkürzung. Sie finanziert sich selbst und hilft noch weitere Probleme zu lösen.

Wir haben in den nächsten Jahrzehnten eine Bevölkerungsentwicklung mit rückläufigen Zahlen bei den Erwerbstätigen und steigenden Zahlen bei den Rentnern zu erwarten. Wirtschafts- und Sozialpolitik fragen sich besorgt: Bis zu welcher Grenze können immer weniger Beschäftigte immer mehr Rentner durch immer höhere Beitragsätze finanzieren?

Manche *Frühinvalidisierung* hat ihre letzte Ursache in Schwierigkeiten, die am Arbeitsplatz entstanden sind, weil der technische Wandel das persönliche Können teilweise überfordert hat. Die allgemeine und berufliche Weiterbildung, die rechtzeitig und umfassend genug einsetzt, kann dem einzelnen über solche Anpassungsprobleme und ihre verheerenden Folgen für sein persönliches Leben hinweghelfen. Zugleich ist damit für die Allgemeinheit ein menschlich vertretbarer Weg aufgezeigt, das stark gesunkene durch-

schnittliche *Renteneintrittsalter* wieder zu *erhöhen*: erfolgreiche Weiterbildung bringt längere Beitragszeiten und kürzere Rentenbezugszeiten, also mehr Beschäftigte und weniger Rentner und damit auch einen geringeren Anstieg der Beitragssätze.

Berufsgruppen, für die umfassende Weiterbildung allgemeiner und beruflicher Art schon immer möglich war – z. B. die akademischen Berufe –, haben typischerweise ein höheres Ruhestandseintrittsalter. Eine gute Erstausbildung ist Voraussetzung ständiger Weiterbildung: das lebenslange Lernen will gelernt sein. Durch die allgemein verlängerten Erstausbildungszeiten in den jüngeren Generationen ist *die Fähigkeit zum lebenslangen Ler-*

nen kein Akademikervorzug mehr, sondern allgemein geworden – sie *muß nur noch stärker genutzt werden* durch Umwandlung von Wochen- und Jahresarbeitszeit in regelmäßige Weiterbildungszeit (Bildungsurlaub, Forschungsfreisemester, Sabbatjahre) oder durch Anrechnung der Weiterbildung auf die Arbeitszeit.

Langfristig und umfassend angelegtes politisches Denken kann *Wirtschaftspolitik* (Produktivitätseinfaltung), *Bildungspolitik* (menschlich befriedigende Lebensbewältigung aufgrund eigener Fähigkeiten) und *Sozialpolitik* (Sicherung der künftigen Finanzierbarkeit der Altersversorgung) harmonisch miteinander verbinden.

Eckhard Behrens

Bundesverfassungsgericht:

Staat muß Privatschulen finanziell fördern!

Am 8. April 1987 hat das Bundesverfassungsgericht zum erstenmal ein von den Privatschulen mit Spannung erwartetes Urteil zur Pflicht der Bundesländer verkündet, die privaten Ersatzschulen zu bezuschussen (1 BvL 8/84). Dieses Urteil ist nicht nur rechtlich interessant. Für die künftige Bildungspolitik gegenüber Schulen in freier Trägerschaft enthält das Urteil wichtige Schranken und Wegweiser. Darauf werden die *Fragen der Freiheit* noch im einzelnen eingehen.

Erste Wertungen, eine Dokumentation der Urteilsgründe und einen Spiegel des Presse-Echos, das das Urteil gefunden hat, enthält eine vom *Bund der Freien Waldorfschulen e. V.* (Heidehofstraße 32, 7000 Stuttgart 1) veröffentlichte Schrift mit dem Titel »Die Schutzpflicht des Staates für Freie Schulen nach Artikel 7 Abs. 4 GG«. Wer das Urteil und darüber hinaus einige bildungsökonomisch interessante Sachverhalte kennenlernen möchte, sollte diese Schrift anfordern. E. B.

Silvio Gesell *Gesammelte Werke*

Liebe Freundinnen und Freunde der Natürlichen Wirtschaftsordnung!

Vor etwa einem Jahr ist die *Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit* e. V. (Hamburg) mit dem Anliegen an die Erben Silvio Gesells herangetreten, das gesamte *Werk Silvio Gesells* wieder neu herauszugeben. Am 15. Mai 1987 konnte nun während der Silvio-Gesell-Gedenktagung in St. Vith (Belgien) eine vertragliche Vereinbarung zwischen den Erben und der Stiftung erzielt werden, die die näheren Einzelheiten dieses großen Projekts regelt.

Es ist ein denkwürdiges Ereignis, daß diese weitreichende Entscheidung gerade in Silvio Gesells Geburtsort getroffen werden konnte. Für alle Menschen, die sich Gesells Werk verbunden fühlen, ist diese Nachricht sicherlich ein Grund zu großer Freude.

Die Neuherausgabe aller Werke Silvio Gesells ist uns nur möglich, weil einige seiner Anhänger hierfür wertvolle Vorleistungen erbracht haben. Ich denke dabei besonders an unsere schweizerischen Freunde *Paul Gysin* und *Willy Hess*. In jahrelanger Arbeit hat Herr Gysin eine freiwirtschaftliche Bibliothek aufgebaut und darin auch die Veröffentlichungen Silvio Gesells gesammelt. Und Herr Hess hat nach umfangreichen Recherchen ein detailliertes Werkeverzeichnis erstellt, das uns die nötige Übersicht verschafft über dieses weit über 5000 Seiten umfassende geistige Erbe, das Silvio Gesell der Welt hinterlassen hat.

Die größtenteils längst vergriffenen Werke Silvio Gesells sind eine wahre Fundgrube für originelle Ideen und sehr geistreiche Überlegungen. Gesells geistiges Spektrum geht weit über den engeren Rahmen der Geld- und Bodenreform hinaus. In seinen Werken schlummern noch viele kostbare Schätze, die wir heben wollen. Wir fühlen uns verpflichtet, dieses uns anvertraute geistige Erbe für die Gegenwart und die Nachwelt in einer würdigen Form zu erhalten.

Es ist aber nicht nur der Wunsch, ein Denkmal zu pflegen, der uns zur Neuherausgabe aller Werke Silvio Gesells veranlaßt. Die Freiwirtschaftsbewegung steht vor einem schwierigen Generationenwechsel. Für ihre Zukunft ist es unerlässlich, daß sich jüngere Menschen ihres Gedankengutes annehmen. Sie können es aber nur dann in sich aufnehmen und sich geistig davon prägen lassen, wenn sie die Idee der Freiwirtschaft auch aus ihren Originalquellen kennenlernen können.

Der Zugang zu Silvio Gesells Originalwerken ist aber auch eine unerlässliche Voraussetzung für detaillierte wissenschaftliche Studien über die Frei-

wirtschaft. Wir möchten mit diesem Gesamtwerk den Grundstein für die wissenschaftliche Forschung von Gesells Theorien legen. Schließlich veraltet ein solches Gesamtwerk nicht wie ein einzelnes Buch oder eine Zeitschrift. Als Standardwerk behält es auch auf lange Sicht seinen Wert.

Es ist also für die Freiwirtschaftsbewegung eine »historische« Entscheidung in St. Vith gefallen. Den Erben Silvio Gesells und der »Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit« gebührt großer Dank dafür, daß sie hier diese Weichen gestellt haben. Im Namen aller Freunde der Freiwirtschaft möchte ich den Erben, insbesondere Herrn *Hans-Joachim Führer*, hier noch einmal sehr herzlich für die faire und entgegenkommende Verhandlungsführung danken. Herr Führer ist von Beruf Dolmetscher und übersetzt uns unentgeltlich alle die Werke, die Gesell in spanischer Sprache verfaßt hat. Dankenswerterweise stellen die Erben auch keinerlei Honoraransprüche. Und die Herausgabe der einzelnen Bände des Gesamtwerks wird von uns ehrenamtlich betreut werden.

Trotzdem übersteigt dieses große Vorhaben unsere derzeitigen finanziellen Möglichkeiten. Wir sind deshalb auch auf Spendenhilfen angewiesen. Von den freiwirtschaftlichen Organisationen haben uns bislang die »Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung«, die »Liberalsozialistische Partei der Schweiz« und die »Sozialwissenschaftliche Gesellschaft« finanzielle Starthilfen gegeben bzw. in Aussicht gestellt.

Wir denken, daß auch mancher von Ihnen gerne bereit sein wird, uns bei der Durchführung dieses großen Projekts zu helfen. Ich möchte sehr herzlich an Sie appellieren, uns mit Ihrer Spende zur Seite zu stehen. Zur Abwicklung aller die Gesammelten Werke Silvio Gesells betreffenden Zahlungsvorgänge hat die Stiftung ein

Sonderkonto »Silvio-Gesell-Werke« Nr. 30353

bei der

Kreissparkasse Northeim (BLZ 262 500 01)

eingerrichtet. Bitte überweisen Sie uns Ihre Spende auf dieses Sonderkonto. Es unterliegt einer ordnungsgemäßen Aufsicht. Sie können sicher sein, daß Ihre Spenden *nur für die Neuherausgabe der Werke Silvio Gesells Verwendung* finden werden. Ihre Spenden an die »Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit« sind steuerlich abzugsfähig, so daß Sie entsprechende Bescheinigungen bekommen werden.

Das Erscheinen der einzelnen Bände von Silvio Gesells Gesamtwerk werden wir Ihnen in den »Fragen der Freiheit« und in der »Zeitschrift für Sozialökonomie« bekanntgeben und danken Ihnen sehr herzlich für Ihre verständnisvolle Mithilfe.

Werner Onken



Ankündigungen und Programme des
Trithemius-Instituts, Badstraße 35, 7325 Boll

Seminar für freiheitliche Ordnung

I

Thema: *Brüderlichkeit in der Wirtschaft*

Termin: Samstag, den 26. September 1987 und
Sonntag, den 27. September

II

Thema: *Neuorientierung der Gesundheitspolitik*

Termin: Samstag, den 21. November 1987
Sonntag, den 22. November 1987

Bad Boller Medizinisches Seminar

Leitung: Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel

I

14. – 19. September 1987
Grundlagen-Seminar II/1987

II

30. – 31. Oktober 1987
Grundlagen-Seminar III/1987



Kunst- und Kultur- Anthropologisches Seminar

Einladung zur

Leitung:

Dr. med Lothar Vogel
Badstraße 35, D-7325 Boll
Telefon (0 71 64) 29 69
oder (07 11) 28 46 60

Kunst- und Kulturanthropologischen Woche
nach Pfingsten

Vom 9. Juni 1987 (10.00 Uhr) bis 14. Juni 1987 (12.00 Uhr) im Trithemius-
Institut, Badstraße 35, D-7325 Boll/Bad Boll

Thema: Kunstorganismus und Therapie durch die Künste
Seminare – Übungen – Vorträge

Nächste Veranstaltung:

Termin: Montag 7. September 1987, bis Sonntag, 11. September 1987

Thema: Stilepochen der Menschheit

Ägypten, Griechenland, Rom, Mittelalter, Renaissance, Neuzeit
– Menschenkundliche Grundlagen –

Auskunft und Anmeldung:

Kunst- und Kulturanthropologisches Seminar

Helene Vogel, Boslerweg 11, D-7325 Bad Boll/Eckwälden
Telefon (0 71 64) 49 88

Die Mitwirkenden dieses Heftes (Folge 185):

Eckhard Behrens

Bergstraße 29, 6900 Heidelberg

Heinz-Peter Neumann

Trabener Straße 22a, 1000 Berlin 33

Werner Onken

Friedrich-Wegener-Straße 11, 2930 Varel 1

Fritz Penserot

Dhauner-Straße, 6570 Kirn/Nahe

Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel

Boslerweg 17, 7325 Eckwälden

Dr. med. Lothar Vogel

Bauschweg 7, 7000 Stuttgart 1

Nächstes Heft Juli/August 1987

Wolfgang Stützel

Ökonomische Aspekte der Bildungsreform

Eckhard Behrens

Freiheit und Wettbewerb der Hochschulen

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 84/1986 erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Herausgeber der Zweimonatszeitschrift »Fragen der Freiheit«
Trithemius-Institut
Für das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz-Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, D-7325 Boll, Badstr. 35,
Telefon (071 64) 25 72

Preis: Jahresabonnement DM 48,—, sfr. 48,—, ö.S. 350,—

Einzelhefte: DM 8,50, sfr. 8,50, ö.S. 60,—

Sammel-
mappen: für jeweils 1 Jahr DM 8,50, sfr. 8,50, ö.S. 60,—

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011/BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 483 000 000/BLZ 600 697 66

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 71
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto:

Goethe, Wanderjahre III, 9

